

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 18. Juni 1892.

Inserate die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 S. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Einiges über die Gründe gegen die Bergwerksverstaatlichung.

Die staatssozialistischen Pläne einer Verstaatlichung der Bergwerke, insbesondere zunächst des Kohlenbergbaus, paßt den Vertretern des Privatkapitalismus selbstredend nicht in den Kram. Der preussische Staat hat eben erst die Eisenbahnen verstaatlicht und noch vor wenigen Jahren seine Hand nach dem Tabakmonopole ausgestreckt. Daß er nun Appetit bekommen hat auf die unermesslichen Schätze unter der Erde, die ein so großartiges Ausbeutungsobjekt für das Privatkapital geworden sind, ist zwar begreiflich, aber für die Kapitalisten besorgniserregend, weil sie befürchten müssen, daß ihnen schließlich so viel vom Produktionsgebiet entzogen wird, daß sie nicht genügende Anlagemöglichkeiten mehr für ihr zinsbringendes Kapital finden. Natürlich rücken deshalb gegen die angeblich so gewichtigen Gründe für die Verstaatlichung, wie wir sie im bezüglichen Artikel der vorigen Nummer mit etlichen Schlaglichtern beleuchtet wiedergegeben haben, nicht minder gewichtige Gegengründe in's Feld, welche für den Privatkapitalismus sprechen, oder dafür sprechen sollen und zu sprechen scheinen.

Zunächst wird gegen die Behauptung, daß nach Ablauf von etwa 40 Jahren die Gewinnung der Kohle wegen der Erschöpfung der Kohlenlager in der Nähe der Tagesoberfläche zu höchst kostspieligem und schwierigem Tiefbau führen müsse, angeführt, daß nach allgemein als zuverlässig angenommenen Schätzungen Deutschland noch einen Kohlenvorrath von 400 Milliarden Tonnen (die Tonne zu 1000 Kilo gerechnet) bis zu der noch sehr wohl abbaufähigen Tiefe von 1200 Metern hat. Unter Zugrundelegung einer Förderung, wie sie gegenwärtig geschieht, von 60 Millionen Tonnen im Jahre, würde dieser Vorrath 6600 Jahre ausreichen.

Das wäre allerdings mehr als genug. Schon der Staat, der sich den Kopf wegen seiner Nachkommen nach mehreren hundert Jahren zerbrechen wollte, würde sich unsterblich lächerlich machen. Aber es kann nicht geleugnet werden, daß der Grubenabbau, je tiefer die Grube wird, auf desto größere Schwierigkeiten stößt, und daß der Preis der geförderten Kohle dabei immer theurer wird.

Die Anhänger des Privatkapitalismus behaupten dem gegenüber, daß es kein nationales Unglück sei, wenn der Abbau schwieriger und der Preis der Kohlen steigen würde. Daß das aber ein sehr empfindlicher Nebelstand für die Konsumenten der Kohle werden kann, davon weiß die Eisenindustrie in der Gegenwart schon ein Lied zu singen. Es wäre also doch sehr gerathen, sowohl den Abbau wie den Verbrauch der Kohle möglichst hauswirthschaftlich zu ordnen und ein so wichtiges Produkt, wie die Kohle, der Interessenssphäre des Privatkapitals möglichst zu entziehen, welche bei allen Produkten nur profitieren will, mag es dem

Konsumenten auch noch so nachtheilig sein.

Ein anderer Grund, welcher gegen die Verstaatlichung der Bergwerke in's Gesicht geführt wird, beweist so recht schlagend die Verfehrtheit des ganzen herrschenden Wirtschaftssystems. Die Gegner der Verstaatlichung meinen, daß je mehr Industriezweige der kapitalistischen Produktionsweise entzogen würden, der Zinsfuß des Kapitals nicht nur nicht steigen, sondern desto tiefer fallen müsse. Denn das ungeheure große Kapital, welches in der freien Bergwerks-Industrie keine Beschäftigung mehr finde, werde entweder den Rentenwerthen zufließen, diese theurer und somit den Zinsfuß niedriger machen, oder sich den nicht verstaatlichten Industrien zuwenden und hier Ueberproduktion und weiteres Sinken des Zinsfußes verursachen.

Gewiß, so würde es kommen. Der Zinsfuß würde in der einen oder anderen Weise sinken durch Vertheuerung der Rentenwerthe oder in Folge von Ueberproduktion, oder schließlich in Folge aller beiden Gründe zugleich. Wäre das aber ein Unglück für das Volk? Die Zinsen sind ja der Antheil am Produktionsertrage, welchen die Kapitalisten den Arbeitern vor der Nase wegnehmen. Wenn also der Zinsfuß sinkt, das Kapital billiger wird, so ist das ein Vortheil für das arbeitende Volk, ein Vortheil, an dem nur das eine zu beklagen ist, daß er nicht groß genug ist, daß überhaupt noch Zinsen gezahlt werden, daß der Zinsfuß nur gesunken und nicht völlig verschwunden ist. Freilich, der "reine Kapitalist", das heißt: der Mensch, der gar nicht arbeitet, der nur vom Kuponabschneiden, vom Dividendeneinstreichen und ähnlicher höchst überflüssiger und gemeinschädlicher Thätigkeit lebt, der würde dahinsinken mit dem Sinken des Zinsfußes und verschwinden wie ein Schatten im Momente, in welchem der letzte Zins gezahlt wird. Aber wenn dem Gelde, dem Metallgelde sowohl und allem was sonst Geldwerth besitzt, die Kapitalseigenschaft genommen wird, das heißt die Eigenschaft, ohne selbst an Werth zu verlieren, Zins zu bringen, so bleibt der Produktionswerth des betreffenden Geldes oder Geldwerthes unangetastet bestehen. Das Produktionsmittel wird nur frei von der Kette seiner Kapitalseigenschaft, es kann innerhalb der Produktionsphäre nur um so nutzbringender verwandt werden und wirksam sein. Also, daß die Verstaatlichung der Bergwerke den Zinsfuß vermindern würde, wäre nichts weniger als ein Unglück. Der Fehler aller Verstaatlichung, wie sie von den gegenwärtigen Staaten vorgenommen wird und seinem monarchisch-konstitutionellen Wesen nach vorgenommen werden kann, liegt im Gegentheil darin, erstens, daß sie den Zinsfuß viel zu wenig erniedrigt, daß sie dem todtten Produktionsmittel seine unnatürliche Kapitalseigenschaft, Geld zu hecken, doch immer noch läßt, und zweitens, daß sie an Stelle der vielen Privatkapitalisten,

welche den Löwenantheil des Produktionsertrages für sich nehmen, den einen großen Kapitalisten, nämlich sich, den Staat selbst setzt, der vorläufig noch gar keine Garantie bietet und, so lange er nicht in der Gesellschaft aufgegangen ist, auch nicht bieten kann, daß er die Produktion von dem Auge der Ausbeutung zu Unternehmergunsten befreien würde.

Und noch ein anderer Grund, welcher gegen die Verstaatlichung der Bergwerke sprechen soll, beweist, wie wenig auch die größten Unternehmer von heute, die Staaten, den gewaltigen, wirtschaftlichen Aufgaben, welche die Gegenwart stellt, gewachsen sind. Die Vertreter des Privatkapitalismus behaupten nämlich: Stetigkeit in den Preisen werde auch der Staat nur so lange aufrecht erhalten können, als die ausländischen Preise höher sind, so bald diese niedergehen, sagen sie, muß der Staat folgen, falls er nicht die Konkurrenzfähigkeit seiner Industrie schädigen will.

Stetigkeit der Preise ist eben auch nur zu erzielen bei Waaren des Weltmarktes durch internationale Vereinbarung. So wie die Konkurrenz innerhalb engerer Wirtschaftsgebiete schädlich wirkt, so thut sie es auch auf dem weiteren. Wenn die Staaten Produzenten für den Weltmarkt werden, so müssen sie sich eben zur internationalen Gesellschaftsproduktion vereinigen. So wenig wie die Preise privatwirtschaftlich wahrhaft rationell und allgemein volkswirtschaftlich festgestellt werden können, so wenig kann es auch auf die Dauer bei der staatswirtschaftlichen Regelung der Produktpreise sein. Sowohl die staatswirtschaftliche wie die privatwirtschaftliche ablassen, oder die staatswirtschaftliche am besten gar nicht erst aufkommen lassen, ebenso wie die internationale Arbeiterschuttsgebung ein weltanerkanntes Bedürfnis geworden ist, lange bevor die nationalen Arbeiterschuttsgesetze halbwegs genügend sich entwickeln konnten.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiter.

Unter diesem Titel veröffentlicht das Kapitalistenorgan par excellence, das "Berliner Tageblatt", auf Grund einer von den Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereinen für das Jahr 1891 aufgenommenen Arbeitsstatistik einen Artikel, der in vielen Punkten äußerst interessant ist. Wenn bisher die nicht im Schlepptau der Kapitalisten sich befindlichen Arbeiterorganisationen statistische Erhebungen pflogen, welche fast durchwegs ein düsteres Bild über die Lage der Arbeiter ergaben, so war es immer die Kapitalistenpresse, welche von tendenziöser Entstellung, von "Schwarzmalerei" sprach; an einzelnen Beispielen suchten die Vertreter des Kapitalismus zu beweisen, wie herrlich und in Freuden der Arbeiter in unserer besten aller Welten lebe. Durch

die von den Gewerkvereinen aufgenommene Statistik wird aber nun auf's Neue die überaus traurige und dringend verbesserungsbedürftige Lage der deutschen Arbeiter dargethan. Das "Berl. Tzbl." erkennt die in dieser Statistik enthaltenen Thatsachen als der Wirklichkeit entsprechend an, es schreibt:

"Aus 906 Städten und 924 Vereinen sind für die soeben erschienene Arbeitsstatistik der deutschen Gewerkvereine für das Jahr 1891 Antworten auf die seitens der Anwaltschaft der Gewerkvereine ergangenen Anfragen eingegangen. Da diese Städte sich über das ganze Reich vertheilen und die Angaben nicht weniger als 16 Berufsgruppen umfassen, so kann man wohl, ohne Widerspruch erwarten zu dürfen, behaupten, daß hier ein Material gesammelt worden ist, das ein, wenn auch nicht umfassendes, so doch klares und anschauliches Bild von der Lage der deutschen Arbeiter gibt. Leider ist das Bild sehr wenig erfreulich, die absteigende Tendenz der Löhne ist bei der herrschenden Arbeitskrise fast allgemein, denn nur in 7 Städten sind die Löhne steigend, in 229 sind sie fallend, in 670 stehend. Stehende Löhne bedeuten aber einen Niedergang der wirtschaftlichen Lage, wenn die Lebensmittelpreise gleichzeitig wie 1891 steigen.

"Neben der Höhe des Lohnes und der Kaufkraft seines Geldwerthes kommen bei der Beurtheilung der wirtschaftlichen Lage aber noch andere Faktoren in Betracht. Da ist zunächst die Regelmäßigkeit des Lohnes, bezw. Arbeitsverdienstes. Auch damit sah es im Jahre 1891 recht traurig aus. In 216 Städten von den 906 in die Enquete einbegriffenen Orten herrschte mehr oder weniger lange andauernde Arbeitslosigkeit bezw. Arbeitsbeschränkung."

Und nun leistet das "Berl. Tagebl." ein werthvolles Geständniß. Als bei der Generaldebatte im Reichstag über das sogenannte Arbeiterschutzgesetz der Abgeordnete Grilleberger das Unternehmertum beschuldigte, daß es in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges und Stillstandes die Gelegenheit wahrnehme, die Ertrügnisse der Arbeiter anzubessern und namentlich die Arbeitszeit zu verlängern, da erhoben die Angehörigen der verschiedenen kapitalistischen Parteien in der beliebten Manier des Dazwischengrößelns "entwürsteten" Widerspruch gegen diese durchaus der Wahrheit entsprechende Behauptung des Arbeitervertreters. Und im vorliegenden Artikel gesteht nun das Kapitalistenblatt, anschließend an die obigen Sätze, "falt lächelnd", Folgendes zu:

"Daß unter solchen Verhältnissen die Arbeitszeit nicht etwa herabgegangen ist, außer da, wo nichts zu thun war, ist selbstverständlich, und man gewinnt aus den Einzelberichten der Statistik den Eindruck, daß die Arbeiter, bei aller Begeisterung für die Regulierung der Arbeitszeit sehr gern über das Vor-

male — das sind zur Zeit zehn Stunden — gearbeitet haben würden, wenn sie nur Arbeit gehabt hätten. Die wirtschaftlichen Krisen schlagen nach dieser Richtung tatsächlich allen Theorien ins Gesicht. Sehr bedauerlich ist es, wenn die wirtschaftliche Lage des Arbeiters noch erschwerter wird durch Mißbräuche in der Lohnzahlung, und nicht nur eine übermäßige Ausbeutung der Lohnfristen ist in den Berichten wiederholt konstatiert, auch Retenahaltungen, Lohnzahlungen ohne Abrechnungen, ja Zahlungen mit Wechseln — im direkten Widerspruch gegen die Gewerbeordnung — kommen vor.

Nicht wahr, ein werthvolles Geständnis. Uns wird damit nur eine alte Wahrheit bestätigt, aber was sagen die Herren Gewerbeordner dazu, sie, die die Lehre von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit predigen? „Die wirtschaftlichen Krisen schlagen nach dieser Richtung tatsächlich allen Theorien ins Gesicht“, sagt das „Berliner Tageblatt“ in Bezug auf die Arbeitszeitverkürzung. Gewiß, solange der Arbeitstag nicht gesetzlich fixiert ist, wird das Unternehmertum seine Machtstellung zur intensivsten Ausnutzung der sich in Beschäftigung befindlichen Arbeiter benützen.

Wir kommen nun zu den Resultaten der Statistik selbst. Die Maschinenbauer und Metallarbeiter bilden den größten deutschen Gewerbeverein, er ist in ca. 400 Ortsvereinen mit über 22,000 Mitgliedern organisiert. 306 Orte haben über die Lage der Maschinenbauer in der Statistik Auskunft erteilt. „Nur in zweien dieser Orte, Lauraütte und Ingolstadt, sind die Löhne gestiegen, in 72 sind sie gefallen, in 232 sind sie stehen geblieben. Die Lebensmittelpreise sind durchweg gestiegen, die Kaufkraft des Lohnes ist überall heruntergegangen. Andauernde Arbeitslosigkeit, Verkürzungen der Arbeitszeit komplizierten die Lage noch mehr, die gerade in den bekannten Industriezentren am schwierigsten erscheint. Denn Wachen, Berlin, Breslau, Budaus-Magdeburg, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Erfurt, Essen, Heilbronn, Leipzig, Magdeburg, Nürnberg, Oberhausen, Steele, sämtlich Plätze, die durch ihre Maschinenindustrie hervortragen, weisen ein Fallen der Löhne auf. Nur 211 Orte von 306 Städten, aus denen Berichte vorliegen, hatten andauernde Beschäftigung. Die zeitweisen Arbeitsbeschränkungen und die vollständige Arbeitslosigkeit gewinnen eine bedenkliche Ausdehnung. Es werden Arbeitsbeschränkungen für 20, 22, 24, 26, 50, ja für 52 Wochen, also für das ganze Jahr gemeldet, und in 30 Orten trat zeitweise vollständige Arbeitslosigkeit ein. Nur in einem Falle waren Arbeitsstreitigkeiten deren Ursache.“

„Bei den weiteren 15 Berufsarten der Statistik lagen die Verhältnisse nicht besser, sondern schlimmer. Denn 11 von den 16 im Ganzen behandelten Berufsgruppen hatten überhaupt kein Steigen der Löhne zu verzeichnen. Am traurigsten steht es bei den Berg- und Grubenarbeitern aus. Von 24 Ortsvereinen konstatieren 16 ein Fallen, 8 ein Stehenbleiben der Löhne. Auch der große Gewerbeverein der Fabrik- und Handarbeiter, der Berichte aus 129 Ortsvereinen verzeichnet, konstatiert ein Steigen der Löhne in 2, ein Fallen in 23, ein Stehenbleiben in 104 Fällen.“

„Daß die Stimmung der Arbeiter bei dieser Sachlage keine rosige ist, erscheint selbstverständlich. Sie kommt in den beigefügten allgemeinen Bemerkungen zu theilweise drastischem, in den meisten Fällen mit genauen Ziffern belegtem Ausdruck. So schreibt ein Berliner Maschinenbauer: „Eine Familie von fünf Köpfen braucht die Woche Kostgeld 15 M., Miete 5,50 M., Klassenbeiträge 1,60 M.,

Steuer 0,46 M., Zeitung und sonstige Lektüre 0,35 M., Bekleidung und Unkosten 4 M., zusammen 26,99 M., für das Jahr 1403,48 M.“ Die Einnahmen betragen bei dauernder Arbeit 1040 M.

„Ein Berliner Bauhandwerker schreibt: „Ein Maurer oder Zimmermann verdient abzüglich der Regen- und Frosttage im Jahre 1050 M. Eine Familie von sieben Köpfen verbraucht jährlich: Lebensunterhalt 832 M., Miete 270 M., Steuern und Beiträge 49 M., Kleidung zc. 100 M. (notdürftig) = 1250 M. Der Ausfall muß durch Verdienst der Frau, Nähen oder Aufwartedienste gedeckt werden.“

„Die beiden Genannten bleiben, und das ist gewiß höchst charakteristisch, in ihren Ausgaben trotz der Großstadt hinter einem Erlanger Maurer zurück. Derselbe schreibt: „Ueber Lohn- und Verbrauchsverhältnisse führe ich genau Buch. Meine Familie besteht außer mir und meiner Frau aus 5 Kindern im Alter von 3, 5, 7, 15 und 18 Jahren. Verdient habe ich 1891 als Vorarbeiter in einem Steinbruch 965 M. (Andere Arbeiter verdienen 750—780 M.) Gebraucht habe ich im selbigen Jahre für sämtliche Lebensmittel 989 M., und da lebten wir noch genau. Für Kleidung und Wäsche brauchten wir 236, für Schuhwaaren 122, für Bier 116, für Brennmaterial 49, für Miete 120, das sind zusammen 1632 M. Um den Ausfall von 667 M. zu decken, müssen meine Frau und Kinder noch jährlich so viel dazu verdienen.“

„Ebenso wie im Norden und Süden kann im Osten und Westen der Arbeiter allein seine Familie nicht ernähren. So schreibt ein Maschinenbauer aus Danzig: „Durch die im vorigen Jahre (1890) in der königlichen Gewerfabrik vorgenommene Entlassung sämtlicher Arbeiter (ca. 3000 aller Berufe) wurden die Löhne, die an und für sich in den Privatwerkstätten am niedrigsten standen, durch das Massenangebot von Arbeitern noch mehr heruntergedrückt. Zu den immer noch steigenden Lebensmittelpreisen steht das in keinem Verhältnis. Den durchschnittlichen Verbrauch einer Arbeiterfamilie von vier Köpfen kann man für Lebensmittel auf 14 M. wöchentlich festsetzen, und eine einigermaßen anständige Wohnung kostet 15 bis 16 M. Miete pro Monat.“

„Das macht für Lebensmittel und Wohnung im Minimum 900 M., der Verdienst wird im Maximum auf 675 M. angegeben.“

„Und im Westen? Aus Essen berichtet ein Maschinenbauer: „Eine Familie mit vier Köpfen verdient jährlich 1123 M. und zahlt für Miete 165 M., Lebensmittel 790—800 M., Kleidungsstücke und Haushaltsgegenstände 200 M., Steuern 27 M., Versicherungsbeiträge 78,40 M. Ergibt ein Defizit von 127,42 M. bei der Beschränkung aller nicht absolut notwendigen Ausgaben.“

Das „Berl. Tagebl.“ meint, „eines Kommentars bedürfen diese Beispiele nicht. „Der Nothstand“, den Herr von Caprivi im vergangenen Jahre nicht finden konnte, ist hier ziffermäßig nachgewiesen.“

Wir sehen aus diesen Beispielen nicht nur den vorhandenen Nothstand, sondern zugleich, daß es mit der bloßen Beseitigung der Lebensmittelzölle auch nicht gethan ist, um die Lage der Arbeiter, des gesammten Volkes erheblich zu bessern. Das Schutzsystem mit der Lebensmittelvertheuerung im Gefolge ist nur ein Auswuchs der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, wie die in gewissen Zeiträumen wiederkehrenden Geschäftskrisen. Dagegen gibt es nur ein Mittel: Abschaffung dieser und Errichtung einer auf Gerechtigkeit basirenden Wirtschaftsordnung.

Die politische und die gewerkschaftliche Seite der Arbeiterbewegung.

Die bürgerliche Gesellschaft ist die Inkarnation der Klassengegenstände, ausgehend und beruhend auf dem Privatbesitz an den Produktionsmitteln. Der Privatbesitz an den Produktionsmitteln ist die Grundlage der kapitalistischen Produktion, durch welche die Klassengegenstände heute bereits bis zur Unerträglichkeit gesteigert sind.

Im Großen und Ganzen weist die bürgerliche Gesellschaft nur noch zwei Klassen auf, die mit gegensätzlichen Interessen befaßt, den Kampf um Sein oder Nichtsein auszukämpfen haben und auch auskämpfen werden. Auf der einen Seite stehen die Besitzer der Arbeitsmittel, eine kleine Minderheit, die, soweit auch ihre häuslichen Zwistigkeiten sich in dem wilden Konkurrenzkampfe, den sie untereinander führen, ausdehnen mögen, doch einig in dem Bestreben sind, die auf der anderen Seite Stehenden, die große Masse der Nichtbesitzenden, die Arbeiter, sich als dienstwilige, jeden Winkes gewärtige Ausbeutungsobjekte zu erhalten.

Die Klassengegenstände, der Privatbesitz an den Arbeitsmitteln ist somit die Ursache der Klassenherrschaft, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Gute ist die große Masse des Volkes, das arbeitende Volk, nicht anders im Stande in kärglicher Weise seine Bedürfnisse zu befriedigen, als daß es seine Arbeitskraft den Besitzern der Arbeitsmittel käuflich überläßt. Die jeweilige Konjunktur des Marktpreises bestimmt den Lebensgenuß des Arbeiters. Was für ein Maß des Jammers, der Noth und des Elends in dieser Thatsache enthalten ist, präzisirte der verstorbene Bischof Ketteler ausgezeichnet, indem er schrieb: „Die Arbeitgeber stehen auf dem Weltmarkt und fragen: Wer will die Arbeit thun für den geringsten Lohn? und die Arbeiter überbieten sich als Mindestfordernde nach dem Maße ihrer Noth.“ Ist somit der Privatbesitz an den Arbeitsmitteln die Ursache der Noth und des Elendes der arbeitenden Klassen, bedingt derselbe die wachsende Zunahme der Unsicherheit der Existenz des Arbeiters, seine Abhängigkeit, seine Erniedrigung und Ausbeutung, so würde die Individualisirung der arbeitenden Klassen, das auf sich Selbstgestellsein des Einzelnen eine Verewigung dieses Zustandes bedeuten.

Aus dem so gewonnenen Resultat unserer Untersuchungen ergibt sich die Aufgabe der politischen und gewerkschaftlichen Seite der Arbeiterbewegung von selbst.

Wiel ist darüber gefaselt und heftig gestritten worden, ob die politische Arbeiterbewegung der gewerkschaftlichen entgegenbehren könne, oder ob einer vor der anderen der Vorrang gebühre, mehr zu pouffiren sei. Alle diese Erörterungen halten wir für müßiges Geschwätz von Menschen, die sich vermessend, mit hochnäseligem Hochmuth, die aus der lebendigen Entwicklung der Gesellschaft dem arbeitenden Volke erwachsenden Aufgaben zu schulmeisterlich und zu reglementiren. Ueber solche zehnmal weisen Klugschwäger geht die Arbeiterbewegung zur Tagesordnung über.

Die zielbewusste Arbeiterbewegung ist nicht nur eine sich ergänzende, unterstützende, in ihrer politischen und gewerkschaftlichen Abtheilung, sondern so innig miteinander verbunden und verwoben, daß man mit Fug und Recht sagen kann, sie ist eine einzige, untheilbare. Die politische und gewerkschaftliche Seite der Arbeiterbewegung stellt nur eine Arbeits- theilung vor, bedingt durch die Verhältnisse, vornehmlich durch die dormalige Lage der Gesetzgebung, unter welchen das arbeitende Volk den Kampf um seine

Befreiung zu führen gezwungen ist. Den Kampf, beziehungsweise die Arbeitstheilung, welche der politischen und gewerkschaftlichen Seite der Arbeiterbewegung zufällt, zu einem mit klarer Erkenntniß und einheitlich geführten zu gestalten, das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Aus der Erkenntniß, daß die Noth und das Elend der arbeitenden Klassen, ursächlich aus dem Privatbesitz an den Arbeitsmitteln resultirt, erstrebt demgemäß die Sozialdemokratie als Endziel die Aufhebung des Privatbesitzes an den Arbeitsmitteln und Ueberführung derselben in den Besitz der Gesellschaft. Obgleich die Befreiung der Arbeiterklasse in letzter Linie die Befreiung des gesammten Menschengeschlechts darstellt, die Gleichberechtigung Aller zur Wahrheit werden läßt, so kann dieser Kampf doch vornehmlich nur von der Arbeiterklasse geführt werden, indem die bürgerlichen Klassen, so sehr sie sich auch befeinden und gegenseitig der Ausbeutung des Volkes bezichtigen, doch die Erhaltung des Privateigentums an den Arbeitsmitteln gemeinsam haben und deshalb auch, soweit ihre politischen Ansichten auch auseinander gehen mögen, sich in dem Haß gegen die Sozialdemokratie beugen. Hieraus ergibt sich von selbst, daß die Arbeiterklasse sich als eigene politische Partei mit dem ausgesprochenen klaren Endziel, in dem Kampfe um ihre Befreiung zu erproben hat. Bisher hat die deutsche Sozialdemokratie diese Probe glänzend bestanden, ihre Befähigung, Energie, Ausdauer und Opferwilligkeit stehen ohne Beispiel in der Parteigeschichte Deutschlands, ja wohl der aller Kulturvölker da. Daß auch fernerhin die Sozialdemokratie der weithin strahlende Leuchtturm sein wird, bei dem die in weitverzweigten Kanälen operirende Arbeiterbewegung dem sicheren Hafen zuströmt, dafür bietet das sozialdemokratische Programm volle Gewähr und Sicherheit.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß der Kampf für die endgiltige Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Banden des ausbeutenden Kapitalismus auf dem politischen Gebiete liegt. Daß die Eröberung der politischen Macht nur im Stande ist, die bestehenden Klassen zu zwingen, ihre Massenprivilegien zum Besten des gesammten Menschengeschlechts preiszugeben. Darum kann die Frage der Befreiung der Arbeiterklasse niemals vom Standpunkte der Humanitätsbuselei betrachtet werden, sie ist einfach eine Machtfrage.

Bei dem Aufrollen der sozialdemokratischen Fahne in Deutschland gaben sich anfänglich die Führer, vor Allem Lassalle der Hoffnung hin, die Klassen-erkenntniß werde den Arbeitern so zu sagen über Nacht kommen, um dann im Sturme Besitz von der politischen Macht ergreifen zu können. Schon Lassalle blieb die bittere Enttäuschung nicht erspart, er beklagt es tief, daß man dem deutschen Arbeiter erst beweisen müsse, wie schlecht es ihm gehe. Doch mit dieser Klage war um die fatale Thatsache nicht herum zu kommen. Es mußte mit derselben gerechnet werden und führte zu der Erkenntniß, daß die Organisationsfähigkeit der Massen abhängig sei von der Befriedigung ihrer zunächstliegenden Bedürfnisse. Jedem Menschen wohnt das Streben inne, eine höhere soziale Stellung zu erklimmen. Bei den Arbeitern war dies Streben nur eine dumpfe Sehnsucht, begleitet von dem Bewußtsein der persönlichen Ohnmacht, der Armuth und Besitzlosigkeit entrinnen zu können. Das Bewußtsein der persönlichen Ohnmacht hat die Arbeiter bis zu einem gewissen Grade des Fatalismus herabgedrückt, dem wir leider ja heute noch vielfach begegnen und der in den charakteristischen Worten

sich Luft macht, „es hilft uns doch nichts.“

Gewiß hilft dem einzelnen Arbeiter all sein Streben, all sein Ringen, und wäre er der Tüchtigste, der Leistungsfähigste, nichts, wenn er als Einzelner versuchen will, seine Lage zu verbessern. Hemmend fällt ihm sein Kollege in den Arm, der vielleicht noch länger wie er geschmäckt oder Hunger gelitten hat. Der gewaltigste Bundesgenosse des Kapitalismus ist die Individualisierung und Atomisierung der Arbeiter. Der stärkste Hebel, den die Unternehmer noch gegen die Arbeiter einzusetzen haben, ist, daß sie noch Arbeiter gegen Arbeiter zu heben vermögen. Von dem Tage ab, wo der Kapitalismus den Trumpf „theile und herrsche“ nicht mehr ausspielen kann, ist es um seine Klassenprivilegien und damit um die Klassenherrschaft geschehen.

Damit ist der Wegweiser für die erste Organisationsform der Arbeiter gegeben. Sie muß die gewerkschaftliche sein. Die gewerkschaftliche Bewegung sucht die materielle Lage der Arbeiter zu verbessern, für dieselben besseren Verdienst, höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit zu erringen, mit einem Wort, die Lebensbedingungen des Arbeiterstandes günstiger zu gestalten. Alle die vielen kleinen Nebenumstände, wie Unterstützung im Falle der Maßregelung wegen Eintretens für die Organisation, Gewährung des Rechtsschutzes, Reiseunterstützung, Arbeitsnachweis, Regelung des Herbergswesens, sind Dinge, die der fortgeschrittene Arbeiter entbehren kann, die aber alle noch sorgsam gepflegt werden müssen, um die Sammelarbeit zu begünstigen, dies ureigenste Gebiet der gewerkschaftlichen Bewegung. Aufmunterung, Aufrüttelung und Sammlung der Arbeitermassen, bei Pflege und Heranbildung des Gemeingeistes, das ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Bewegung. Sie ist die Einführung der Arbeiter in die Bewegung, die Einweihung in das ABC der nationalökonomischen Erkenntnis.

Nur ein Thor kann sich dazu versteigen, der gewerkschaftlichen Bewegung entrathen zu wollen. Sie ist ein wichtiges, hochbedeutendes Glied in der Arbeiterbewegung. Von den Gewerkschaftsführern wird sie nicht über- aber auch nicht unterschätzt. Wenn auch unseres Erachtens die gewerkschaftliche Bewegung bez. der Stand und Umfang ihrer Organisationen nicht gleichen Schritt mit der kapitalistischen Entwicklung gehalten hat, so hat sie doch die Kinderstube abgestreift und jede Gefahr der Verflachung und Versimpelung ist ausgeschlossen. Daß die gewerkschaftliche Bewegung nicht auf gleicher Höhe mit der kapitalistischen Entwicklung sich im Augenblick bewegt, ist nur ein Beweis mehr, daß dieselbe nicht mit dem Eifer und der Beharrlichkeit zu allen Zeiten gepflegt ist, deren sie sich nunmehr mit Recht zu erfreuen hat. Den Willen der Arbeiter zu einem einheitlichen zu formen und im Handeln zum Ausdruck zu bringen, ihn dem Kollektivwillen der Unternehmer entgegenzusetzen, vermag nur die gewerkschaftliche Bewegung. Die Unternehmerverbände kommen leichter zu Stande. Nirgends begegnen wir mehr dem Einzelunternehmer in der Wahrung seiner Interessen gegenüber den Arbeitern. Wie die Interessen des Einzelnen in Frage gestellt werden, nimmt der Verband die Wahrung derselben in die Hand. Gehet hin und thuet desgleichen, ist die beste Mahnung, die den Arbeitern immer wieder zugerannt werden muß.

Und wenn selbst die schwärzesten Pessimisten anscheinend Recht hätten, daß die gewerkschaftliche Bewegung den Arbeitern dauernde Vortheile nicht zu bieten vermöge, so läge auch hierin kein Unglück für die Arbeiterbewegung, denn die Arbeiter, die sich einmal in dem Kampfe versucht haben, bessere Lohn- und Ar-

beitsbedingungen zu erkämpfen, werfen so leicht nicht die Flinte in das Korn, sondern werden dann um so eifriger dem Endziele der Arbeiterbewegung sich zuwenden.

Wie wir die Sache auffassen, stellt im Augenblick die gewerkschaftliche Bewegung die materielle Seite und die politische die ideale Seite der Arbeiterbewegung dar. Beide Formen der Arbeiterorganisation sind durch die Entwicklung und die Einrichtungen des Klassenstaates bedingt. Formell scharf getrennt, nicht im leisesten Zusammenhang der Leitung stehend, doch nicht sich ausschließend, abstoßend, sondern sich ergänzend, stützend, gegenseitig fördernd, ineinander aufgehend, von einer gewaltigen Idee getragen, einem Allen leuchtenden Ziele zustrebend, das ist das Bild, welches die gewerkschaftliche und politische Seite der Arbeiterbewegung den staunenden Zeitgenossen bietet. Der Preis ihrer Einheit ist die Gewißheit des endgiltigen Sieges.

„Neue Tischler-Zeitung“.

Zur Agitation.

Die Generalkommission hat eine weitergehende agitatorische Thätigkeit in den Landestheilen, in denen noch keine Organisationen oder nur in geringem Maße vorhanden sind, bis jetzt noch nicht entfalten können. Sie mußte sich darauf beschränken, Agitatoren, die von einzelnen Gewerkschaften dorthin gesandt wurden, zu beauftragen, neben den Berufsversammlungen allgemeine Arbeiterversammlungen abzuhalten oder auf der Tour diesen oder jenen Ort, für den eine Versammlung der Berufsgenossen nicht in Aussicht genommen war, zu berühren. Daß bisher nur in dieser Weise verfahren werden konnte, lag daran, daß die Kommission nicht über genügende Mittel verfügte, um größere Agitationstouren unternehmen zu können, ferner auch daran, daß die Verbindung mit den Städten der östlichen Provinzen überaus mangelhaft ist, weil es an den nöthigen Verbindungsadressen fehlte. Ueber die Nothwendigkeit, die Arbeiter jener Gegenden zu gewinnen, brauchen wir wohl keine weitergehenden Auseinandersetzungen zu machen. Der eine Hinweis, daß unser Unternehmertum bei Ausständen in den westlichen Landestheilen sich mit einer wahren Eier auf jene Provinzen wirt, um die nicht durch die Organisation geschulten Arbeiter als Streikbrecher heranzuholen, genügt, um zu zeigen, daß die organisierten Arbeiter ein Interesse daran haben, auch jene indifferenten Arbeitermassen für die Organisation zu gewinnen. Nicht das Bestreben, alle Arbeiter in die Bewegung, in die Organisation zu ziehen allein, sondern das eigene Interesse muß jeden aufgeklärten Arbeiter nöthigen bei allen Unternehmungen, die dazu dienen sollen, jene Gegenden für uns zu gewinnen, hilfreiche Hand zu bieten. Wir sind genöthigt, um zunächst Fühlung in jenen Provinzen zu erhalten, die Hilfe aller organisierten Arbeiter in Anspruch zu nehmen. Die Agitation wird jedenfalls in der Weise am zweckmäßigsten betrieben werden können, daß wir zunächst durch Verbreitung von Flugblättern die Arbeiter dort anregen und für unsere Ideen zu interessieren suchen. Da bei der Abgeschlossenheit jener Gegenden vom allgemeinen Verkehr auch die Erkenntnis der Arbeiterschaft nur wenig entwickelt ist, und nur durch ununterbrochene Anregung und Agitation zur Reife gebracht werden kann, so muß eine feste Verbindung mit diesen Distrikten unterhalten werden. Erst dann, wenn in dieser Weise der Boden für die weitere Agitation geebnet ist, wird es zweckmäßig sein, die kostspieligere Agitation durch Abhalten von Rednern und Abhalten von Versammlungen in Szene zu setzen. Die Arbeit ist eine langwierige

und beschwerliche, sie muß aber vollzogen werden, ohne daß wir uns durch anfängliche Mißerfolge verbrießen lassen dürfen. Auch die Gewinnung der Arbeiter der westlichen Provinzen ist nicht in so schneller Weise vor sich gegangen, wie Mancher, der das rapide Anwachsen der Bewegung heute sieht, glauben mag. Wenn wir von dem einmal betretenen Weg trotz aller Hindernisse nicht ablassen, dann wird und muß unsere Thätigkeit von Erfolg begleitet sein. Wir gedenken zunächst in den Provinzen Ost- und Westpreußen durch Verbreitung eines Flugblattes zu agitieren, um dann in derselben Weise in Posen und Schlesien vorzugehen.

Zunächst gilt es vor allen Dingen die nöthigen Verbindungsadressen zu beschaffen, und dies kann nicht schwer sein, wenn bei den organisierten Arbeitern der gute Wille vorhanden ist, uns dabei zu unterstützen. In allen Theilen Deutschlands werden sich Arbeiter aus jenen Gegenden befinden. Unser Blatt, also auch diese Aufforderung, gelangt in die Hände aller Verwaltungsbeamten der Zahlstellen der Zentralvereine. Wenn diese nun in jeder Versammlung die Aufforderung ergehen lassen, solche Adressen anzugeben, so müssen wir bald eine stattliche Anzahl derselben haben und mit Erfolg an's Werk gehen können. Wir ersuchen daher alle Leiter der Verwaltungsstellen der Zentralvereine, in dieser Weise Adressen zu sammeln und dem Unterzeichneten möglichst bald zu übermitteln. Die kleine Mühe, die dem Einzelnen daraus erwächst, wird bald dem Ganzen reiche Früchte tragen. Wir haben nur in einigen größeren Orten in Ost- und Westpreußen Verbindung, und auch diese ist so wenig zuverlässig, daß es uns erwünscht wäre, wenn wir auch hier noch weitere Adressenangaben erhielten. Es kommt hierbei in Betracht, daß die Flugblätter nicht nur an eine Person in jedem Orte, sondern an möglichst viele Adressen gesandt werden sollen. Gar keine Verbindungsadressen haben wir in den nachbenannten Orten und bitten wir die Arbeiterschaft, in der gedachten Weise uns solche verschaffen zu wollen.

Bartenstein, Berent, Braunsberg, Briese, Carthaus, Cranz, Culm, Darkehmen, Deutsch-Eylau, Deutsch-Krone, Dirschau, Ellenau, Ehbtkuhnen, Fischhausen, Flatow, Jordan, Garnsee, Goldapp, Gnesen, Gubenboden, Heiligenbeil, Heydekrug, Hohenstein, Jablonowo, Juotwrazlaw, Johannsburg, Kobbeltube, Konitz, Kornatowo, Korsschen, Kreuz, Kruschwitz, Sabiau, Sankowitz, Lessen, Röhau i. Wstp., Röhau, Blüch, Marggrabowa, Marienburg, Marienwerder, Mehlsack, Mogilno, Mohrunen, Ratel, Nau-gard, Neufahrwasser, Neustadt i. Wstp., Ortelsburg, Orlotshin, Palmniken, Praust, Pr.-Eylau, Pr.-Holland, Pr.-Stargard, Prossken, Rastenburg, Rogasen, Schlawe, Schlochau, Schneidemühl, Schneek, Schwes, Simonsdorf, Soldau, Straßburg i. Wstp., Terespol, Tiegendorf, Wehlau, Wirballen, Zajonskowo, Zoppot.

Fürwahr eine recht stattliche Zahl, theilweis ziemlich großer Orte, in denen man die Gewerkschaftsorganisation noch nicht kennt, vielleicht nie etwas von ihr gehört hat. Auf dem geschilderten Wege aber wird es uns gelingen, einen Theil jener uns fernstehenden Leidensgenossen zu gewinnen. Deshalb erwarten wir, daß unser Ersuchen nicht vergebens gestellt ist, sondern daß wir bald im Besitz einer größeren Anzahl Adressen sind. Da ein Theil der Arbeiterbevölkerung in Westpreußen nur der polnischen Sprache mächtig ist, so wird gleichzeitig ein Flugblatt in polnischer Sprache zur Versendung kommen, so daß die Unkenntnis der deutschen Sprache kein Grund ist, eine sonst gute Verbindungsadresse nicht anzugeben.

In derselben Weise soll auch mit der Agitation unter den Arbeitern der Nahrungsmittelindustrie begonnen werden.

Auch diese, obgleich in den großen Städten mahmend, leben unter Verhältnissen, die sie mit anderen Arbeitern nicht in Verbindung bringen lassen. Besonders ist dies bei den Bäckern der Fall. Durch die lange Arbeitszeit und mehr noch durch die Nachtarbeit, wird diese Arbeiterkategorie nicht nur am Körper, sondern auch am Geist ruiniert. Die Nachtarbeit, eine höchst überflüssige Einrichtung, muß vor allen Dingen beseitigt werden, ehe die Arbeiter dieses Gewerbes als tüchtige Kämpfer in der Arbeiterbewegung sich zeigen werden. Durch die Organisation wird es möglich sein, dieser Arbeitsmethode, die jedem Bäckerarbeiter einige Jahre Lebenszeit abschneidet, zu Leibe zu gehen. Die amerikanischen Bäcker kämpfen ununterbrochen um die Beseitigung der Nachtarbeit und haben theilweis ganz gute Erfolge hierin erzielt. Warum sollte es nicht in Deutschland möglich sein, wenn es uns nur gelingt, die Bäcker davon zu überzeugen, daß sie heute unter diesem Arbeitssystem kein menschenwürdiges Leben führen, ja, daß im Gegensatz zu den Anforderungen, die an sie gestellt werden, manches Arbeitsthier zu beneiden ist. Dem deutschen Philister mag allerdings grauen, wenn er daran denkt, daß er Morgens keine warme Semmel mehr erhalten soll. Die wird er ja nicht missen mögen, wenn auch die Beschaffung dieses sehr zweifelhaften, mindestens recht überflüssigen Genusses mit der Gesundheit und einem Theil des Lebens seiner Mitmenschen beschafft wird. Doch diese, die Gesundheit des Menschen, ist für uns maßgebend, und die Philister, ob hohe oder niedere, kommen immer erst in zweiter Linie. Daß es bei einer solchen Arbeitsweise nicht leicht ist, unter den Bäckern Boden für die Organisation zu gewinnen, ist selbstverständlich, und wir werden, ehe wir sie aus den höhlenartigen Backstuben heraus zu den Versammlungen holen können, auch hier erst durch die Schrift sie auf ihre Lage aufmerksam machen und auf unser Bestreben, diese, der Menschenwürde Hohn sprechenden Einrichtungen zu beseitigen, hinweisen müssen. Ebenso liegt es bei den Brauern, Fleischern und Müllern.

Die Keller sind im Allgemeinen intelligenter Leute, weil sie im steten Verkehr mit dem Publikum, mit dem Leben, stehen. Aber auch hier ist die Art der Beschäftigung ein Hinderniß, diese Arbeiterkategorie so leichter Hand für die Organisation zu gewinnen. Lange Arbeitszeit verhindert den Besuch der Versammlungen; Rücksichtnahme auf den Wirth und die Gäste (wenn wir nicht eine härtere Bezeichnung wählen wollen), hindert die Kollegen mit vollem Vertrauen einander gegenüber zu treten, und so wird auch hier der Boden allmählig erst geebnet werden müssen. Zur Betreibung der Agitation in diesen Berufen werden sich die örtlichen Gewerkschaftskartelle, deren Bildung der Gewerkschaftskongress empfohlen hat, am besten eignen. Wo die Behörde der Bildung solcher Kartelle Schwierigkeiten bereitet, sollte ein Vertrauensmann ernannt, resp. in öffentlicher Versammlung gewählt werden, und hätte dieser dann derartige Agitationsunternehmungen zu leiten. Bis jetzt sind der Generalkommission nur wenig Adressen von solchen Vertrauensleuten zugegangen, trotzdem wiederholt darum gebeten ist. Heute wiederholen wir die Aufforderung mit der weiteren Bitte, daß in den Orten, in welchen diese Kartelle nicht bestehen, sich Genossen finden und melden möchten, die die Verbreitung der Flugblätter übernehmen wollen. Wir erwarten auch hier eine rege Theilnahme aller organisierten Arbeiter. Alle Adressen bitten wir dem Unterzeichneten mittheilen zu wollen.

Die Generalkommission. C. Legien,
Hamburg, Zollvereinsniederlage,
Wilhelmstraße 13, 1. Etage.

Sitz Frankenkassenfrage.

Auf Veranlassung der in Dresden befindlichen örtlichen Verwaltungsstellen von Zentralstellen war mit Rücksicht auf die Unklarheit, in welcher die Mitglieder der zentralisierten freien Hilfskassen sich befinden, auf Dienstag, den 24. Mai, in den großen Saal des „Trianon“ eine öffentliche Volksversammlung einberufen, in welcher Herr Karl Deisinger aus Hamburg, Vork., der Wggen. Kr. n. St. K. der Metallarbeiter, über die Lage der freien Hilfskassen zum neuen Krankenversicherungsgesetz referierte.

Der Redner erläuterte zunächst in andert-halbständiger Vortrage die verschiedenen in Betracht kommenden Gesetzesparagrafen in objektiver Weise und hob die Vortheile, sowie Nachtheile hervor, welche die Novelle gebracht hat. Die Befürchtung, welche man beim Bekanntwerden der Novelle anfangs gehabt habe, daß den freien Kassen die fernere Existenz als anerkannte Kassen unmöglich gemacht werde, habe sich bei genauer Prüfung des Gesetzes als hinfällig erwiesen. Die rigorosere Bestimmung in der Novelle, welche den Mitgliedern freier Kassen zur Pflicht machte, bei jedem Arbeitswechsel den Antrag von der Befreiung der Zwangskasse zu stellen, wobei der sofortige Nachweis zu erbringen war, daß er einer anerkannten Kasse angehöre, sei nicht in das Gesetz aufgenommen worden und damit der größte Mangel beseitigt.

Ein Vorzug in dem neuen Gesetz, gegenüber dem bisherigen, bestehe darin, daß eine weit bessere Kontrolle der Kranken ausgeübt werden kann insofern, als mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde bestimmte Vorschriften über das Verhalten der Kranken seitens der Verwaltung erlassen werden können. Den Kassen stehe in Zukunft das Recht zu, verheiratete Kranke, auch gegen ihre Zustimmung, in das Krankenhaus zu verweisen.

Eine wesentliche Besserung in dem neuen Gesetz sei es, daß für eine Zentralkasse nicht mehr der ortsübliche Tagelohn am Sitz der Kasse für alle Mitglieder maßgebend ist, sondern es können sich die Mitglieder an jedem Ort ihrer Beschäftigung zu versichern, wie es der jeweilige Tagelohn erfordert. Zu diesem Zweck habe jede Kasse eine Anzahl verschiedener Klassen einzurichten, damit sich die Mitglieder den örtlichen Verhältnissen anpassen können.

Die den Unfall- und Altersversicherungsgeheimen durch das neue Gesetz ertheilte Befugnis, jeder Zeit Einsicht in die Bücher der Krankenkassen zu nehmen, sei für die Verwaltung mit großem Nachtheil verbunden und dadurch öfteren Störungen ausgelegt. Diese Einsicht in die Bücher könne von dem Unternehmer auch dazu mißbraucht werden, um in Erfahrung zu bringen, ob die Arbeiter wider seinen Willen einer freien Kasse angehören.

Kamerallich war es der § 75, bei welchem der Redner längere Zeit verweilte, wobei er der Behauptung entgegentrat, als seien die freien Kassen durch die Verpflichtung von Naturalleistung besonders alterirt. Dieses sei um so weniger der Fall, als in Folge der vorwiegenden Doppelversicherung die Mitglieder freier Kassen das volle Krankengeld von Bekrerten beziehen können. Das Gesetz biete die Vergünstigung, diejenigen Kranken, welche Arzt und Medizin bei einer Zwangskasse benutzen, von der freien Kasse dadurch zu entschädigen, daß ihnen ein Viertel des ortsüblichen Tagelohnes an Geld dafür gewährt wird.

Auf die in dem Referat gemachten Ausführungen, soweit es die einzelnen gesetzlichen Bestimmungen betrifft, näher einzugehen, ist hier nicht notwendig, da in der Metallarbeiter-Zeitung mehrfach das Thema in gleicher Weise behandelt worden ist. Wenn auch der Referent nicht verkennet, daß durch das neue Gesetz den freien Kassen bedeutende Schwierigkeiten erwachsen, und namentlich an die Verwaltungsbeamten höhere Anforderungen gestellt werden, so müsse doch die Frage, ob das veränderte Gesetz die freien Kassen zwingt, dieselben in Zuschüssen umzuwandeln bzw. sich aufzulösen, aus Zweckmäßigkeitsgründen entschieden verneint werden. Dieselbe Befürchtung, welche man gegenwärtig in den freien Kassen in Folge des veränderten Gesetzes habe, daß dieselben zu Grunde gehen müßten, seien ebenfalls aufgetaucht als das Krankenversicherungsgesetz im Jahre 1884 in Kraft trat. Gerade das Gegenteil sei eingetreten. Die freien Kassen haben sich seit jener Zeit in ungeahnter Weise emporgehoben und bis jetzt auf dieser Höhe erhalten. So würde es auch in Zukunft werden, wenn sich die freien Kassen dem Gesetz anpassen.

Wenn die Beiträge sich seit einigen Jahren in aufsteigender Richtung bewegen, so liege das nicht an dem Gesetz; ebensowenig habe die Novelle etwas damit zu thun, wenn auch in Zukunft die Mitglieder noch mehr belastet würden, sondern dieses habe seine Ursache in den überaus schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen und an der Influenzepidemie, unter denen alle

Kassen in den letzten Jahren zu leiden hätten. Diese Erhöhung sei an sich nichts Neues. Da in den früheren Jahren die wirtschaftlichen Verhältnisse wechselten, so könnte behauptet werden, daß der gegenwärtige Zustand nicht für immer so bleibe.

Es würde vielfach die Meinung vertreten, das Schwergewicht in Zukunft auf die Zwangskassen zu legen und durch Massen-eintritt die Leistung in die Hände zu bekommen und sie in unserem Sinne umzuwandeln. Wenn auch in größeren Städten in mancher Beziehung eine Besserung auf diese Weise geschaffen würde, so sei in der Provinz der Einfluß der Mitglieder in den Zwangskassen ein sehr geringer. Ueberall aber würde man Mittel und Wege finden, sich der unliebsamen Gelfter zu entledigen, sobald die Arbeitgeber in Mitleidenschaft gezogen würden. Wenn in Dresden und einigen großen Städten in den Ortskassen eine mildere Praxis neuerdings beliebt würde, so bilden diese noch lange nicht das deutsche Reich. Man solle nicht glauben, daß dieser Zustand erhalten bleibt, sobald die freien Kassen in ihrer jetzigen Gestalt aufhörten, denn durch die Konkurrenz derselben würden die Zwangskassen zu dieser milderen Geschäftsweise gezwungen. Von der Zeit an, wo das Gegengewicht aufhöre, würde der Wind in den Zwangskassen aus einer ganz anderen Gegen wehen und die rigorosen Bestimmungen, zu welchen das neue Gesetz eine genügende Handhabe bietet, den Mitgliedern erst richtig fühlbar werden. Ein falscher Standpunkt sei es, wenn man behauptet die Umwandlung in Zuschüssen befristete, um die Arbeitgeber zu verpflichten, ein Drittel der Beiträge zu den Zwangskassen für alle Arbeiter zu zahlen. Einestheils sei ein großer Theil der Arbeiter in Zwangskassen versichert, und dann würde auch Niemand behindert, durch den Eintritt in die Zwangskassen sich schadlos zu halten, andererseits müßten aber doch alle Beiträge, sei es zu der Unfallversicherung, der Alters- und Invalidenversicherung oder für die Krankenversicherung, von dem Ertrage der nationalen Arbeit geleistet werden, so daß direkt oder indirekt alle Beiträge von den Arbeitern fließen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse würden von einem großen Theil der Arbeiter von dieser Seite falsch beurtheilt.

Von vielen Seiten würde behauptet, die Novelle sei bloß dazu bestimmt, die freien Kassen in ihrer gegenwärtigen Gestalt unmöglich zu machen. Wenn man wirklich diesen Zweck verfolge, was immerhin noch dahingestellt sein muß, so hätten wir doch keinen Grund, der Regierung in die Hände zu arbeiten. Dieses sei auch vom sozialpolitischen Standpunkt aus zu verwerfen, denn dadurch würde die Regierung in der Annahme bestärkt, daß bei dem geringsten Anlauf die Organisationen der Arbeiter von der Bildfläche verschwinden. Es dürfe nicht unterschätzt werden, daß ein Rückgang der zentralisierten freien Hilfskassen von nachtheiligen Folgen nicht nur auf die gewerkschaftliche, sondern für die ganze Arbeiterbewegung sein würde. Gerade nach dieser Richtung hin solle man die Vortheile der freien Hilfskassen nicht unterschätzen. Deshalb sei man auch in Regierungskreisen den freien Kassen nicht freudlich gesinnt, wie selbst der Minister v. Bötticher bei einer Audienz vor mehreren Jahren dem Referenten das Geständniß gemacht habe, daß die Arbeiterbewegung durch die zentralisierten Kassen gefördert würde. Das Bestreben, dem Staat die Pflicht aufzuerlegen, für die Krankenversicherung Sorge zu tragen, sei das höchste Ziel, nach dem wir streben müssen. So lange dieses aber noch nicht erreicht ist, so lange die Unterstützung von den Zwangskassen nicht hergestellt sei, daß der Arbeiter mit seiner Familie davon leben kann, oder wenigstens für das Bestehende etwas Besseres geschaffen wird, haben wir keinen Grund unsere Kassen preiszugeben. Aufgelöst sind die Kassen schneller als solche errichtet werden können. Unter der schwersten Zeit des Sozialistengesetzes seien die freien Kassen die einzigen Organisationen gewesen, innerhalb welcher man unter den Gewerkschaften auf ihre Klassenlage habe hinweisen können, man wisse nicht, wie man die Kassen in Zukunft noch einmal brauche. Durch die Auflösung bzw. Umwandlung in Zuschüssen würden wir um keinen Schritt den Idealen näher kommen, wie sie uns vorschweben.

Von den vielfachen Bestrebungen, alle Kassen miteinander zu verschmelzen, verspricht sich der Referent weder einen Erfolg noch eine Verbesserung für die Mitglieder. Wenn die größeren Kassen, wie sie jetzt bestehen, nicht existieren könnten, dann würde auch der Zustand um nichts gebessert, wenn alle Kassen verschmolzen werden. Einen Beweis dafür biete gerade die größte Kasse Deutschlands, welche mit der gemischten Mitgliedschaft unter der gegenwärtigen Krise mehr leide als Berufs-kassen. Wie auf gewerkschaftlichem Gebiete steht Redner auch hier auf dem Standpunkt der Berufsorganisation. Es empfehle sich daher für die einzelnen Industrien wie z. B.

Metallarbeiter, Holzarbeiter, Bekleidungsbranche u. s. w. große über ganz Deutschland verbreitete Kassen zu errichten.

Mit einem Appell an die Versammlung, die freien Kassen so lange ausrecht zu erhalten und dem Gesetz anzupassen, bis der Staat die Fürsorge für die Kranken übernimmt, ohne erst Beiträge zu erheben, schloß der Referent seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Hieran schloß sich eine ausgedehnte Debatte, in der die Mehrzahl der Redner für Umwandlung in Zuschüssen sich aussprach.

Nachdem der Referent mehrere Anfragen und Unklarheiten, wie sie aus der Debatte hervorgegangen waren, in einem längeren Schlußwort klargestellt hatte, wurde folgende Resolution mit überwiegender Majorität angenommen:

„Die heute im großen Saal des „Trianon“ tagende Volksversammlung schließt sich der Meinung des Referenten, daß durch das neue Krankenkassengesetz die Existenz der freien Kassen nicht gefährdet ist, voll und ganz an; sie erwartet daher von den Mitgliedern der freien Kassen, daß sie nach wie vor trenn zu den letzteren stehen, dann werden die Kassen mit Belustigung dem Gesetz sich anpassen können, ohne Schaden für die Kasse, ohne Schaden für die Mitglieder.“

H. Holz.

Eine Gewerkschaftskommission ein „politischer Verein“?

Am 10. Januar wurde in Uetersen (Holstein) in einer öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung eine aus 15 Personen bestehende Gewerkschaftskommission gewählt und derselben die Befugnis übertragen, Streitangelegenheiten zu regeln, auch ein Gewerkschaftsfest zu organisieren. Der Vorsitzende, Herr Dahms, meldete (wozu er gar nicht verpflichtet war, D. Red.) der Polizeibehörde die regelmäßigen Sitzungen der Kommission an. Alsobald verlangte die Behörde (wozu sie nicht berechtigt war, D. Red.) die Einreichung der Mitgliederliste, welchem Verlangen, um weiteren Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, entsprochen wurde. Gleich darauf ging den vier Vorstandsmitgliedern die Aufforderung zu, Statuen einzureichen und ein auf je 30 Mk lautendes Strafmandat. Gegen letzteres wurde Einspruch erhoben, welcher vor dem Schöffengerichte zu Uetersen kürzlich zur Verhandlung gelangte. Das von vorliegende Urtheil lautet unter Aufhebung des Strafmandates auf Freisprechung. In den Gründen heißt es:

„Die Auffassung der Polizeibehörde erscheint, wenigstens nach dem erbrachten Beweismaterial, verfehlt, wenn die Kommission aus Mitgliedern besteht, welche, aus freier Wahl in öffentlicher Versammlung hervorgegangen, in der nächsten gleichen Versammlung ihres Amtes wieder entbunden werden können, wenn Beiträge nicht erhoben werden, Statuten oder irgendwie Satzungen nicht erlassen, die Mitgliederzahl eine bestimmte und geschlossene nicht ist, so bietet sich ein Anhalt dafür, daß ein Verein im Sinne des Gesetzes vom 11. März 1850 vorhanden ist, nicht.“

So durchaus die Freisprechung an sich selbstverständlich ist, so wenig erschöpfend sind die Gründe des Urtheils. Für die Freisprechung kommen rechtlich noch viel wichtigere Gründe in Betracht, als die im Urtheil enthaltenen. Eine Bewegung, die sich solchen Aufgaben unterzieht, wie die Gewerkschaftskommission in Uetersen, kann überhaupt nicht, mag sie zu Stande gekommen und organisiert sein wie immer, als „politischer“ Verein erachtet werden. Das Arrangement eines Festes und Regelung von Streitangelegenheiten sind nicht öffentliche, bzw. politische Angelegenheiten im Sinne des Gesetzes. Das haben die Gerichte zu hundert von Malen ausgesprochen; auch das Reichsgericht hat öfter die Eingriffe der Polizei in derartige Organisationen als ungesetzliche Miß- und klar verurtheilt, so durch Entscheidung vom 25. Januar d. J. In dieser Entscheidung hat der III. Senat des Reichsgerichts die §§ 2 und 3 des preussischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 wie folgt modifizirt: „Ein Gewerkschaftsverein, welcher die Beschaffung zeitgemäßer Werdung der Arbeitsbedingungen und die Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Fachgenossen im Allgemeinen bezweckt, ist zwar als ein Verein, welcher eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, nicht aber ohne Weiteres als ein politischer Verein zu erachten. Nur wenn ein solcher Verein die bewußte Absicht verfolgt, eine Mitwirkung oder Inanspruchnahme des Staates und seiner Organe für die Werdung des besterhenden Arbeitsverhältnisses als Vereinsangelegenheit in Versammlungen zu erörtern, ist er als ein politischer im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes zu erachten.“

So oft die Polizeipraktik gegen die rein gewerkschaftliche Arbeiter-Organisation auch

schon gerichtlich als ungesetzlich zurückgewiesen und, je wollen rein Enoe nehmen, diese Praktiken. Und das ist das Unerhörte, daß für viele Polizeibehörden die Rechtsprechung der Gerichte nicht zu gelten scheint, — eine Erscheinung, die eine sonderbare Illustration zum Kapitel „der Rechtsstaat“ bildet.

Wenn doch die Arbeiter endlich anfangen möchten, bei Errichtung rein gewerkschaftlicher Organisationen von vorn herein jede politische Einmischung energisch zurückzuweisen! Es ist ein taktischer Fehler, „um Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen“, zu thun, was die Polizei verlangt, die Organisation anzumelden, Mitgliederlisten einzureichen zc. zc. Thut man das, so begibt man sich seines Rechts und braucht sich nicht zu wundern, wenn Strafmandate kommen. Man lasse doch die Polizei kommen, wenn sie glaubt, einen „politischen“ Verein vor sich zu haben. Und dann vertheidige man sein Recht ihr gegenüber auf's Neueste. Aber man komme ihr, „um Unannehmlichkeiten zu vermeiden“, nicht auf halbem Wege entgegen, denn dann kann man sicher sein, daß gerade das, was man vermeiden will, nicht ausbleiben wird. So viel ist gewiß, wenn die Arbeiter in jedem Falle sich den Eingriffen der Polizei in ihr Koalitionsrecht gefügt, nicht dagegen die Entscheidung der Gerichte in Anspruch genommen hätten, so würde es ein Koalitionsrecht heute in Deutschland nicht mehr geben. „Grundstein“.

Korrespondenzen.

Formex.

Börsch n. M., 7. Juni. Im Auftrage der Formex der deutschen Wasserwerks-Gesellschaft, Fabrik und Gießerei, dahier, erkläre ich: daß der Artikel in Ihrem Blatte „D. M.-Ztg.“ vom 14. Mai d. J. über oben genannte Firma und deren Werkführer Herrn Sohn fast ganz auf Unwahrheit beruht, es meint mir ein boshafter Nachgänger von Kollege Lependeder zu sein; tüchtige Formex verdienen immer noch einen guten Lohn in genannter Gießerei. Dem Herrn Sohn ist es einerlei, ob seine Arbeiter Sozialdemokraten, Konserbative oder Fortschrittler sind. Die Formex der genannten Firma bitten diese Erklärung in Ihrem geschätzten Blatte zum Drucke gelangen zu lassen.

Achtungsvoll

das Verbandsmitglied der deutschen Metallarbeiter
C. Ströhanf.

Mannheim, 6. Juni. Die ausgesperrten Arbeiter der Flink'schen Fabrik versammelten sich gestern Abend im Stefanenschloßchen zur Berathung und Beschlußfassung der nunmehr zu unternehmenden Schritte. Der Vertrauensmann Reith gab in übersichtlicher Darstellung Kenntniß von den Ursachen der Aussperrung. Nach dieser Schlußregelung war es nicht Herr Flink persönlich, der aus eigenem Antrieb die rigorose Maßregelung an seinen Arbeitern verordnete, nein, er hatte sich bereits mit denselben dahin geeinigt, daß sie gemeinsam eine Arbeitsordnung feststellen wollten. Dies geschah und beide Theile, Fabrikant und Arbeiter, waren zufrieden. Der Mannheimer Fabrikantenverein aber, dem das bisherige gute Einvernehmen zwischen den beiden Kontrahenten nicht gefiel, legte sich in's Zeug und veranlaßte Herrn Flink, die vereinbarte Arbeitsordnung wieder zurückzunehmen und die vom Fabrikantenverein aufgestellte einzuführen. Herr Flink that, wie ihm befohlen. Die Arbeiter aber weigerten sich entschieden, eine so schroffe Hausordnung sich auferlegen zu lassen, und so kam es denn am 28. Mai, nachdem alle Verhandlungen fehlgeschlagen, zur Kündigung von 84 Arbeitern, von denen am 4. Juni 63 ausgestreut sind. Ursprünglich war es nicht so beschloffen im hohen Rathe der Fabrikpächter. Herr Menling sollte nämlich veranlaßt werden, eine Aussperrung seiner Arbeiter in Szene zu setzen; er hatte sich aber bei verschiedenen früheren Anlässen so ungeschickt benommen, daß man ihn einen solchen Auftrag nicht mehr ausführen lassen konnte. Herr Flink mußte nun in den sauren Apfel beißen und seine Arbeiter aussperrten. Herr Flink steht schon ein, daß er sich im Unrecht befindet, das beweisen die faulen Urtheile, die er gebraucht, um sein rigoroses Vorgehen einigermaßen beizubehalten zu können. So soll ihn der Bevollmächtigte der Formex durch ein Inserat der „Mannheimer Zeitung“ schwer beleidigt haben. Der Kassier des Zentralvereins soll ihn auf der Strafe verhöhnt haben; obwohl dieser durch mehrere Zeugen nachgewiesen konnte, daß er es nicht gemessen, blieb Herr Flink doch auf seiner Behauptung. Man steht also deutlich, der Mann ist um Gründe verlegen, sein Vorgehen zu rechtfertigen. Die von ihm im „Generalanzeiger“ erlassene Publikation hat auch nicht einen Schein von Wahrheit an sich. Er faßelt, von 140 Arbeitern seien nur 63 ausgestreut, also nur ein kleiner Bruchtheil. Herr Flink beschä-

ligt aber hauptsächlich keine 140 Arbeiter, sondern nur etwa 110. Unter diesen 110 Arbeitern sind aber 37 Behrlinge mitgerechnet, die durch Verträge gebunden sind. Die 10 Stengelebenden rekrutieren sich aus dem Hilfspersonal. Die Chancen für die Ausgesperrten stehen also glänzend, und wenn der Bezug für einige Zeit ferngehalten wird, dann dürfte der Sieg der Ausgesperrten sicher sein. Die folgenden Metner sprachen alle in unterschiedener Weise ihre Mitbilligung aus über die schroffen Maßnahmen in der Hlin'schen Fabrik; sie forderten zur moralischen und materiellen Unterstützung der Ausgesperrten auf. Nachfolgende, aus der Mitte der Versammlung hervorgegangene Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Stefanien-schlöschchen abgehaltene von ca. 600 Personen besuchte Versammlung verurteilt auf's Entschiedenste das Vorgehen des Fabrikanten Hlin und verspricht den Ausgesperrten moralische und materielle Unterstützung.“ Ein Antrag, eine siebenköpfige Kommission zur Leitung der Geschäfte zu wählen, fand Zustimmung. Mit der Ermahnung an die Ausgesperrten, ruhig und besonnen vorzugehen, sich keine Ungehörigkeit zu schulden kommen zu lassen, und der Hoffnung auf baldigen Sieg schloß die Versammlung. — Die Mannheimer „Volksstimme“ schreibt unter Anderem: Unterdessen droht die Aussperrung größere Dimensionen anzunehmen. Gestern Morgen wurde nämlich bereits der Versuch gemacht, die Arbeiter der Hlin'schen Gießerei den Formern anderer Gießereien zu unterwerfen. Wieder ist es Herr Meuling, der an der Spitze steht. Bereits früh 8 Uhr kam sorgfältig verpackt ein Säulenmodell der Hlin'schen Gießerei in die Meuling'sche Fabrik. Als aber der Formermester, der den Beuten an dem Gesicht ablas, daß sie die Arbeit nicht leisten würden, seine Bedenken Herrn Meuling äußerte, brauste dieser auf in seinem souveränen Herrschergefühl und decretierte: „Wenn Keiner die Säulen machen will, wird die Gießerei sofort geschlossen!“ Doch wurden die Säulen vorerst noch nicht ausgegeben. Hingegen veranstalteten die hiesigen Formern noch gestern Abend im Stefanien-schlöschchen eine Versammlung, die gegen den Aussperrungs-Meuling's Stellung nahm. Hierüber sprach Formern der Meuling'schen Gießerei verpflichteten sich in der Versammlung auf Ehrenwort, trotz der Drohung Meuling's, die Arbeit nicht zu machen. Fünf, die ihre Abwesenheit entschuldigen ließen, schlossen sich dieser Erklärung an. Weiter nahm die Versammlung nachfolgende Resolution einstimmig an: (s. dieselbe oben. Red.) In dieser Resolution liegt der Keim zur Aussperrung sämtlicher Formern Mannheims. Denn die Fabrikanten werden wohl alle Anstrengungen machen, um die Hlin'schen Modelle unter die Hände der Arbeiter anderer Fabriken zu schmuggeln. Zur selben Zeit, wie die Versammlung im Stefanien-schlöschchen, tagte die Zentralisation der hiesigen Gewerkschaften in ihrem Lokale behufs Stellungnahme zu der Aussperrung der Formern. Sämtliche Delegierte der Fachvereine sprachen sich für die Ausgesperrten aus und es wurde eine Resolution einstimmig gefaßt, laut deren sich die hiesigen Gewerkschaften mit den Ausgesperrten solidarisch erklären und in aller nächster Zeit eine öffentliche Volksversammlung einberufen werden, in der an der Hand der Hlin'schen Arbeitsordnung das Vorgehen des Mannheimer Fabrikantenvereins in's gebührende Licht gesetzt werden wird. Ferner wurde mitgeteilt, daß das Einsprechende beziehungsweise die Vermittlung des großherzoglichen Fabrikinspektors angerufen worden ist und daß der Vorstand desselben, Herr Oberregierungsrath Wörriehofer, seine Vermittlung zugesagt hat. Vielleicht gelingt es diesem humanen, arbeiterfreundlichen Beamten, die Angelegenheit zu regeln. Wenn nicht, so werden die Formern auszuhalten wissen.

Wien. Der Zustand der Formern bei Ditmar ist beendet. Die Arbeiter dieser Firma haben die Arbeit am 12. April d. J. bekanntlich deswegen eingestellt, weil seitens des Formernmeisters Frisch an die Formern das Ansuchen gestellt wurde, Arbeiten, welche sonst von Hilfsarbeitern verrichtet wurden, selbst zu machen, was für die nur in Akkord arbeitenden Formern einer Lohnreduktion um 20—40 Prozent gleichkommen wäre. Nachdem nun die Forderung der Unständigen auf unbedingte Beistellung der nötigen Hilfsarbeiter erfüllt wurde, hat der Streit sein Ende erreicht. Die Wiener Formern haben demnach neuerdings einen Erfolg zu verzeichnen. Beschämend für die Betroffenen selbst ist es, daß sich während der sechs-wöchentlichen Dauer des Streiks ca. 20 Leute fanden, welche in der blockierten Werkstätte in Arbeit traten und die ständige Masse von Streikbrechern zu spielen versuchten. So kam es nun, daß nicht alle Streikende nach Beilegung des Ausstandes wieder Aufnahme finden konnten, sondern sich ein Theil mit der Beschäftigung begnügen mußte, nach Abgabe der freiverdenden Plätze wieder Arbeit zu

bekommen. — In der Gießerei Strömi ist der Streik gleichfalls, nach achtstägiger Dauer, beendet worden. Der Versuch, die vorhandenen Arbeiten durch einen Meister und einen alten Arbeiter, welcher sich den Streikenden nicht angeschlossen hatte, unter Mitwirkung der Hilfsarbeiter fertig stellen zu lassen, mißlang vollständig. Die Hilfsarbeiter versuchten nämlich sofort nach Austritt der Formern diese zu ersetzen, doch, „es ginge wohl, aber es geht nicht!“ Auch in dieser Fabrik fanden sich 5 Streikbrecher, und auch hier mußten einige der ausständig gewordenen Formern vorüberhand auf ihre Plätze warten. Das Verhalten der Hilfsarbeiter ist ein deutlicher Hinweis, wie notwendig die Einbeziehung auch der Hilfsarbeiter in die Organisation ist. Nämlich muß das wirklich solidarische Verhalten der deutschen, insbesondere der Berliner Kollegen hervorgehoben werden, welche es, allen Bemühungen des Herrn Frisch zum Trotz, unterließen, nach Wien zu kommen und die Streikenden helfen zu helfen. 4 deutsche Kollegen, welche unter allen möglichen Vorspiegelungen bisher gelockt wurden, verließen Wien sofort wieder, als sie erfuhren, um was es sich handelt. Allen Jenen, welche die Streikenden in irgend einer Art während des Ausstandes unterstützten, wird zugleich der herzlichste Dank ausgesprochen. Die gewesenen Streiker werden gewiß nicht ermangeln, andere Kollegen in ähnlichen Fällen gleichfalls nach Kräften zu unterstützen.

Gelgießer und Girtler.

Hamburg. In der Mitgliederversammlung des D. M. V. S., Sektion aller in Gelgießereien, Girtlereien und Metall-drehereien beschäftigten Arbeiter Hamburgs und Umgegend am 1. Juni machte der Vorsitzende das Ableben des Kollegen Deppen bekannt, dessen Andenken von der Versammlung in üblicher Weise geehrt wurde. Hierauf wurde zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Wie ziehen wir am besten unsere Beiträge ein?“ nach längerer Debatte beschlossen, die Ortsverwaltung zu beauftragen, wo es notwendig ist, Zahlstellen einzurichten, sowie eine Kommission einzusetzen, welche die sämigen, sich mit ihren Beiträgen im nächsten befristeten Mitglieder an ihre Pflicht zu erinnern hat. Beim zweiten Punkt: „Werkstatt-Angelegenheiten“, wurde zunächst von der Werkstatt des Herrn Leser berichtet, in welcher sich die dort beschäftigten Arbeiter mit wenigen Ausnahmen bis jetzt nicht veranlassen lassen, dem Metallarbeiterverbande beizutreten. Ein dort beschäftigtes Mitglied verteidigte sich gegen den Vorwurf, dieses durch sein Verhalten verschuldet zu haben, welchen Ausführungen die Versammlung auch beistimmt. Alsdann wurde über Vorkommnisse in der Werkstatt des Herrn Reinhard debattiert und in scharfer Weise das Verhalten des dort in der Gießerei angestellten Meisters kritisiert. Derselbe verteidigte sich in der Weise, daß er das gegen ihn vorgebrachte in Abrede stellte und als Bezeichnung seiner Tätigkeit bezeichnete. Zwei hierauf bezügliche Resolutionen wurden, da es an genügenden Beweisen dieser Anschuldigungen mangelte, am Schlusse der Debatte zurückgezogen, jedoch von der Versammlung die Erwartung ausgesprochen, daß dergleichen Vorkommnisse in Zukunft unterbleiben und der dort angestellte Meister für die Zukunft die Interessen der dort beschäftigten Kollegen vertreten werde. Die anderen noch auf der Tagesordnung stehenden Punkte mußten wegen der vorgerückten Zeit vertagt werden. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Klempner.

Freiburg i. S. Die Klempnerinnung dahier befehlt, obwohl sie Anfangs April für einen verstorbenen Klempnermeister einen Palmzweig kaufte, aus allem Anderen eher als aus Friedensengeln. Der Vertrauensmann des Metallarbeiterverbandes stand bei einem solchen Zuspruch in Arbeit. Einmal Abends erging der Ruf mit'elst Sprachrohr: „F soll mal vorkommen.“ F verfügte sich in den Laden, wo dieser Innungsmeister Fabrikwaren zum Verkauf feilhält, stellte sich an den Ladentisch und fragte, was es gebe. Der Herr „Chermelster“ in höchst eigener Person selber antwortete: „Sind Sie nicht Vorstand vom Verband?“ Was F natürlich bejahte. Die Folge war Maßregelung. — Ein weiteres Stückchen. Ein Meister hatte einen Lehrling, dem er 6 Wochen vor Beendigung der Lehrzeit ein Gesellenstück machen ließ. Als dasselbe fertig war, ließ es: „Du kannst Deiner Wege gehen!“ Dann stellte dieser Herr einen Gesellen ein; als der Lohn ausgemacht werden sollte, bietet er demselben 10 M., die nach längerem Feilschen auf 12 M. erhöht wurden. Die Verhältnisse sind zu traurig hier und ihnt deshalb ein fester Zusammenhalt der Verbandsmitglieder sehr noth. Wäge daher Jeder seine volle Schundigkeit thun, nur dann wird es besser werden.

Friedberg. Am 31. Mai hielt die Sektion der Klempner eine Mitglieder-versammlung ab. Zu dem Punkte: Auflösung der Sektion, war vom Kollege Schäfer eine

Vorfrage eingereicht, die folgendermaßen lautete: „Wäre es nicht zweckmäßig, in Anbetracht dessen, daß mehrere Mitglieder der Sektion bereits erklärt haben, im Falle eines Uebertritts derselben zur allgemeinen Zahlstelle aus dem Verband auszutreten zu wollen, und ferner in Anbetracht, daß wir nach erfolgtem Uebertritt auch noch mehrere Genossen verlieren würden, den Uebertritt der Sektion der Klempner zur allgemeinen Zahlstelle auf unbestimmte Zeit zu verschieben?“ Nachdem diese Frage vorgelesen war, sprachen sich die meisten der anwesenden Kollegen dahin aus, daß der Antrag in der Versammlung vom 3. Mai zu plöztlich gekommen sei und daselbst die Auflösung der Sektion wohl beschlossen worden wäre, aber ob wir Vortheil oder Schaden davon hätten, daran habe betreffenden Abend Niemand gedacht; sie wollten deshalb Aufklärung haben. Es wurde nun folgende Erklärung abgegeben: In erster Linie würden wir nicht mehr so wie bisher im Stande sein, die zugewandten Kollegen zu uns heranzuziehen, da man dieselben schließlich nicht mehr so kennen lernt wie bis jetzt; ferner würden die Beiträge, die bei uns jeder Kollege ganz nach Willen und nach dem Stande seiner Kasse zu jeder Zeit durch die Zeitungs-kolportage berichtigen kann, welche Einrichtung sich bis jetzt ganz gut bewährt hat, wegsfallen, und die Zeitungsabstellung selbst sei eine unbestimmte.“ Nach diesen Erklärungen stellte Kollege Krause den Antrag, die Sektion beizubehalten, womit sich alle bis auf einen Kollegen einverstanden erklärten, welcher in die allgemeine Zahlstelle eintreten wird, wie in der vorigen Versammlung beschlossen worden sei. Derselbe meldete sich auch aus der Sektion ab. — Kollege Mohlich lud zum Schluß noch sämmtliche Kollegen ein, sich am zweiten Sonntag nach Pfingsten Morgens 6 Uhr am Nordthor einzufinden, um eine Worgentour nach Wasserleben und Collund zu unternehmen.

Hamburg. (Sektion der Klempner.) Versammlung vom 31. Mai. Der 1. Punkt: Sind die Ortsbeiträge zweckentsprechend zu erhöhen? wurde vertagt. Zum 2. Punkt: Ist die Beschaffung eines Herbergfonds zu befrworten? wurde beschlossen: Der Vorstand wird beauftragt zu veranlassen, daß diese, sämmtliche beteiligte Sektionen interessirende Frage auf die Tagesordnung der nächsten gemeinschaftlichen Versammlung gesetzt werde. Die Versammlung befürwortete die Gründung eines Herbergfonds. Zum 3. Punkt: „Ist die Arbeitslosen-Unterstützung durch sogenannte Selbsthilfe zu ermöglichen?“ entspann sich eine recht lebhaft Debatte. Diejenigen der Redner, welche durch eine Arbeitslosenunterstützung seitens des Fachvereins den Werth desselben kennen lernten, traten entschieden dafür ein, daß ein Unterstützungs-fond gebildet werde. Die Mittel seien zu beschaffen: a) durch einen bestimmten Beitrag seitens Derjenigen, welche bei ev. Arbeitslosigkeit im Winter unterstützt zu werden wünschen; b) durch freiwillige Beiträge Derjenigen, welche für sich eine Unterstützung nicht beanspruchen. Die Redner, welche dagegen waren, führten insbesondere an, daß derartige Unterstützungen nur Palliativ-Mitteln seien und man deshalb davon Abstand nehmen solle. Dem wurde wiederum entgegen, daß unsere ganzen selbstgeschaffenen Einrichtungen auch nur Uebergangsstadien sind zu der von uns allen gewünschten Neuordnung der Dinge; bis dieses Ziel aber erreicht sei, müsse man sich selbst helfen so gut es gehe. Die Versammlung einigte sich schließlich dahin, für die nächste Versammlung auch diesen Punkt nochmals auf die Tagesordnung zu stellen. Zu Punkt 4, Sommerausfahrt nach Harburg am 3. Juli, wurde das Verbot der Harburger Polizeibehörde, daß das Maschinen mit Musik durch die Stadt nicht mehr gestattet sei, kritisiert. Seitens des Vorstandes wurde bemerkt, man werde die betreffende Behörde um nähere Auskunft ersuchen. Der Preis der Karten wurde festgestellt wie folgt: Herren-karten 1 M., Damen-karten 80 S., inbegriffen die Fahrt per Dampfer. Für Diejenigen, welche nicht mit dem Dampfer fahren, werden Plak-karten à 50 S., gültig für einen Herren nebst Dame, auszugeben. Ein Vergnügungs-Komitee soll in nächster Versammlung gewählt werden.

Metall-Arbeiter.

Gannstatt. Achtung! Wegen zahlreicher Stündigungen bezw. Maßregelungen ist über die Kesselfabrik von Wagner u. Eijenmannu dahier die Sperre verhängt. Zugang ist fernzuhalten! Um Nachdruck wird ersucht.

Berlin. Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend hielt am 25. Mai eine beschließende Versammlung ab, in welcher zunächst Kommissionsberichte erstattet wurden. Kollege Stange, Obmann der Fachkommission, gab Bericht über die Thätigkeit desselben im letzten Geschäftsjahre; in diesem Zeitraum wurden 16 ordentliche und 2 außerordentliche Sitzungen abgehalten. Zur Erledigung gelangten zwei Streitfragen. Jehn

nachkommensmitgliedern mußten wegen Nichterfüllung ihrer Pflichten ihres Postens entsetzt werden und vier legten ihr Amt selbst nieder. Ferner wurden die von der Kommission ausgearbeiteten statistischen Fragebogen verlesen, über welche eine kleine Diskussion stattfand; die nächste Verbandsversammlung soll hierüber endgiltig beschließen. Den Bericht der Rechtschutzkommission erstattete Kol. Budrich. Danach haben im Jahre 27 Sitzungen stattgefunden. Im letzten Halbjahre wurden 34 Klagesachen der Kommission gemeldet, in 24 derselben wurde Rechtschutz gewährt, während die anderen abgewiesen werden mußten. Von diesen anhängig gemachten Klagen wurden 7 zu Gunsten des Klägers entschieden, während der andere Theil zu Ungunsten ausfiel, und von einem Theil die Klage im Termin zurückgezogen worden sei. Beklagt wurde von der Kommission, daß die Kollegen bei Ausreißung eines Prozesses in vielen Fällen die wahren Thatsachen verschweigen und nur immer die für sie am günstigsten liegenden Punkte hervorheben, zum Theil werden auch Unwahrheiten angegeben, woher die große Zahl ungünstig verlaufener Klagen. Hierauf erfolgte Bericht über den Stand der Bibliothek; die Bibliothek im Norden umfaßt 283, die im Süden 341 Bände. Veranlagt wurden im Norden 636, im Süden 1040 Bände. Außerdem ist noch ein Reservecfond von 100 Bänden vorhanden, welche für die neu zu eröffnenden Bibliotheken verwendet werden sollen. An Gehalt für die ohne Verlängerung der Lesfrist entnommenen Bücher wurden 52,46 M. vereinnahmt. Zwei Bücher sind als verloren zu betrachten; dieselben sind von den Kollegen Karl König und Julius Keller entnommen worden. Die Wohnung dieser Kollegen ist nicht zu ermitteln gewesen. Betreffs der Herberge theilte Kol. Bingham mit, daß die Angelegenheit beim Kollegen Siegenund soweit geregelt sei, daß in nächster Zeit Schlafmarken zur Benutzung der Herberge verausgabt werden. Die Neuwahl der Kommissionen ergab Folgendes: Bibliothek-Kommission: Ungefug, Gustav Jonas, Neumann, Wigmann, Sumpfer, Liebich, Krell, Paul, Bergmann, Förster, Wiedemann, Voose. Rechtschutzkommission: Budrich, Treubner, Hamann, Lampert, Meßler. — Kommission zur Ueberwachung des Arzneinachweises und der Herberge: Bingham, Eisenblätter, Ziegler, Kirnes II, Müller. — Fachkommission: Franz Schuster, Guttsche (Möhrleger), Mod. Steinmeck, Krause (Formern), Lampert (Mader), Berndt (Magelshmed), Triittelwitz, Bin (Mechaniker), Hoffdeutscher (Facondreher), Schmidt (Drahtarbeiter), Frey (Schraubendreher), Hochhänsler (Lampenbranche), Hansen (Dreher), Gehmbold (Armaturendreher), Bayendick, Rabue (Drücker), und Schäfer (Feilenhaner). Ferner wurden die Kollegen Wilsch, Stein (Formern), Otto Ficius (Möhrlegergehilfe) und Götter (Metallschleifer) als Beisitzer zum Vorstand von der Versammlung bestätigt. Bezüglich des abgelaufenen Sommerfestes wurde berichtet, daß der Defonon der „Neuen Welt“ über die Einstellung von Berufsmusikern der „Freien Vereinigung“ zu diesem Fest noch keine genügende, bindende Erklärung abgegeben habe; aus diesem Grunde beschloß man, vom Kontrakte zurückzutreten und ein Vergnügen dort zu arrangiren, wo den Wünschen des Verbandes mehr Rechnung getragen wird. Zu diesem Zwecke wurde ein Vergnügungs-Komitee gewählt; dasselbe besteht aus den Kollegen H. Müller, Zimmermann, Senke, Herpu, Schuster, H. Müller, Rusche, Schmidt, Hochhänsler, Schneider, Brunn und Heinrich. Der Antrag einer öffentlichen Klempner-versammlung auf Zurückgabe der Bibliothek des früheren Fachvereins der Klempner wurde nach längerer Debatte durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Ein weiterer an den Vorstand gelangter Antrag, „den Kollegen, welche vom Arbeitsvermittler Arbeit überwiesen erhielten und dieselbe auch angenommen haben, bei eventueller Wiederaufgabe derselben innerhalb dreier Tage die frühere Nummer im Arbeitsnachweis-Buch zuzuthellen“, mußte als undurchführbar abgelehnt werden. Der von Kol. Drange beim Vorstand eingereichte Antrag, „eben zureisenden Kollegen der Metallarbeiter-Branchen, welcher gewerkschaftlich organisiert und vorwärts-mühtige Karrenzeit hinter sich hat, mit 50 S. zu unterstützen“, wurde gleichfalls abgelehnt. Der Verband zahlt nur den zureisenden Mitgliedern des „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ nach Gmonatlicher Angehörigkeit zu demselben Reiseunterstützung, ferner bei lang anhaltenden Krankheiten und Arbeitslosigkeit der Mitglieder, welche dieselben verbinde, ihren Verpflichtungen dem „D. M. V. S.“ gegenüber nachzukommen, sowie auch den Kollegen, welche aus den deutschen Staaten kommen, in denen es die reaktionären Landesgesetze nicht gestatten, den gewerkschaftlichen Zentralverbänden, also dem „D. M. V. S.“ beizutreten; diese Kollegen müssen aber nachweisen können, und zwar durch den Vertrauensmann, daß sie auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung ihre Schuldigkeit gethan.

Dresden. Am 30. Mai fand im Restaurant Claus eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung für Dresden-Neustadt u. Umg., in welcher Herr Dr. Pöhlert über „Arbeiter- und Unternehmerkoalitionen“ sprach. Derselbe führte in längerem Vortrage aus, daß die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen ebenso notwendig sei als die politische. Neben erzielte lebhafter Beifall. Eine Resolution, nach welcher sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte, wurde einstimmig angenommen. Der zweite Punkt der Tagesordnung gab Anlaß zu einer regen Debatte, da mehrere Kollegen in der Wahl eines Vertrauensmannes für Neustadt eine Bepflichtung sehen. Ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag: Einen Vertrauensmann für Dresden-Neustadt u. Umg. zu wählen, wurde mit 3 Stimmen Mehrheit angenommen. Das Resultat der mittelst Stimmentafel vorgenommenen Wahl ergab die Wahl des Kollegen G. Gottschalk als Vertrauensmann und des Kollegen A. Reichardt als Stellvertreter. Nachdem letzterer die Neustädter Kollegen aufgefordert, durch lebhaftes Agitieren für den Verband zu beweisen, daß man mit der Wahl eines Vertrauensmannes keinen Fehler begangen habe, wurde die Versammlung geschlossen.

Frankfurt a. M. Die hiesige allgemeine Verwaltungsstelle hielt am 28. Mai ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Vortrag über die Fabrikordnungen, Bericht der Lokalkommission, Wahl eines Kassiers, Verschiedenes und Fragekasten. Die Versammlung war jedoch so schwach besucht, daß der Vortrag nicht abgehalten werden konnte. Die Lokalkommission erstattete Bericht und schlug vor, als nächst zukünftiges Versammlungskollegium „Nebstodt“, Kruggasse Nr. 4, zu wählen, was auch beschlossen wurde. Für Kollege Vorkühner wurde Gnopf, Bergerstr. 143, gewählt. — Die Mitglieder werden ersucht, in den Versammlungen zahlreicher und pünktlicher zu erscheinen.

Gießen. In Nr. 22 ds. Bl. muß es anstatt: Meister G. Meister G.-f., Öpplbau, heißen. — Da einige von den gemäßigtesten Schmieiden den Passus von den 7-10 A Verdienst nicht als zutreffend erklärten, wohl deshalb, weil sie wieder lieb sind bei der Dirsition sein wollen, so erklären wir, daß sich dieser Passus hauptsächlich auf die ungelernten Arbeiter bezieht. Wir möchten es aber diesen Diebstahlern raten, Umstau zu halten, wie viel gelernte Arbeiter denn einen Lohnsatz von 10 A die Woche haben. Daß die Anforderungen fortwährend reduziert werden, ist nicht zu bestreiten, und so kommt es, daß der Arbeiter, wenn er das zum Leben Nötigste dabei verdienen will, nicht mehr arbeiten kann, sondern sich buchstäblich schinden muß. Namentlich ist das in der Schmiede der Fall, deren Arbeiter sich förmlich im Schweiß baden.

Jahr. Da es noch immer vorkommt, daß hier Durchreisende noch um Unterstützung nachsuchen, trotzdem vor 3 Monaten bekannt gegeben wurde, daß Jahr als Bahistelle aufgehoben ist und bloß noch als Verwaltungsstelle besteht, so kann man hieraus schließen, daß die Verbandszeitung von Vielen gar nicht gelesen wird. Wir bitten die umliegenden Zahlstellen, die durch Jahr Reisenden darauf aufmerksam zu machen. — Auch eruchen wir alle uns noch fernstehenden Kollegen, sich uns anzuschließen. Die Versammlungen finden jeden 1. und 3. Samstag jeden Monats, Abends halb 9 Uhr, in der Restauration von S. Müllerleile, Bismarckstr. 14, statt.

Mainz. Am 4. Juni fand im Lokale zur Drothpitz eine Mitgliederversammlung statt. Zum ersten Punkt „Spartakus und die Sklaventriebe“ referierte Kollege Grafweg in ausführlicher Weise. Er betonte hauptsächlich, daß es zu jeder Zeit Ausbeuter und Ausgebeutete gegeben habe, so auch im alten Griechenland. Zum zweiten Punkt wurde dann beschlossen, Sonntag, den 19. Juni, einen Ausflug nach Wiesbaden zu machen und die Müllersheimer Kollegen hierzu einzuladen. Bei Verschiedenes wurde das stählerne Ausbeutungssystem bei Gebrüder Gaffel in Rombach einer gebührenden Kritik unterzogen; denn die Firma hat, wie nicht anders zu erwarten, an den „Näbelsführern“, welche in den vorhergehenden Nummern der „D. M. A. Z.“ die Ausbeutungswelt des Herrn Köhler in's rechte Licht stellten, Maßregelungen vorgenommen. Ferner wurden sie von ihrem Nähr- und Pflagebater, damit sie etwas schneller gehen, in der Kost zurückgekehrt. Es werden somit unsere Gemäßigtesten freudig den Rombacher Staub von ihren Pantoffeln schütteln und ihr Glück in der Ferne versuchen. Nachdem noch ein Vorschlag, die Maßregelung in einem weiteren Berichte zu beleuchten, angenommen wurde, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Mainz. Ein in die Verhältnisse Eingeweihter kann nur bestätigen, daß die Ausführungen in der „Metallarbeiter-Zeitung“ über die Zustände in der Wagenfabrik in

Rombach resp. über den Werkführer Köhler durchaus der Wahrheit entsprechend sind. Es ist recht richtig und gut, daß die Manipulationen dieses Mannes gebührend beleuchtet werden. Selbst den Fernstehenden muß es einleuchten, wenn man die vielen Klagen über jener doppelt Gefesselten anhört, wenn sie nach ihrem „rechtlichen“ Mittagessen wieder an die Arbeit gehen. Daß die Arbeiter des K. nicht zu „fett“ werden, dafür hilft übrigens Frau K. trenlich sorgen. Verstehen sie sich auch nicht besonders auf gute Küche, so versteht sie sich um so besser auf das Feltmachen von Schweinen, die dann gewöhnlich verkauft werden. — Das Futter liefern die Postkötter reichlich und billig, da diesen so oft der „rechte“ Appetit fehlt. — Mit welcher Umsicht K. seine Manipulationen betreibt, beweist der Umstand, daß er eintigen Bekannten wohl auch junge Leute zum Logieren abläßt, diese „nehmen“ dann aber die Kost nur bei ihrem Werkführer. Keiner der so Verkauften sollte es wagen, den Leuten auch die Kost geben zu wollen. Es ist geradezu unerschrocken, daß Fabrikanten es wagen, daß die ohnehin viel besser gestellten Werkführer „Wirtshaus“ oder Kollegezeitung führen dürfen. Legt nicht der Gedanke nahe, daß da in selbstschätlicher Weise allerlei Begünstigungen stattfinden? Es ist sehr bezeichnend, daß Werkführer K. trotz alledem noch den Muth hat, ein Schriftstück zu verfassen und von einigen „Menschlichen“ unterschreiben zu lassen, worin er den Beweis zu liefern sucht, daß man ihn schändlich und böswillig verleumdet habe. Man sieht, der Mann hat nicht umsonst ein „Ständ“-Studium gemacht. Den Herren Gebr. Gaffel möchte man sehr anrathen, einem Werkführer mit solchen Gefinnungen nicht solche Macht einzuräumen. Auch möchte man diesen Herren ein offenes Ohr und ein etwas wärmeres Herz für ihre Arbeiter wünschen.

Pöhlert. Am 22. Mai fand hier in Schrot's Restaurant eine öffentliche Versammlung statt, zu welcher Mitglieder anderer Vereine als Gäste eingeladen waren. Genosse Gebauer-Altenburg referierte über den Zweck der gewerkschaftlichen Organisation. Nach eingehender Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die Anwesenden verpflichten sich, für die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation nach Kräften einzutreten.“ — Wir fordern die Verbandsmitglieder auf, die Versammlungen besser zu besuchen und für den Verband zu agitieren, damit auch die noch Fernstehenden herangezogen werden. Unsere Versammlungen finden in Schrot's Restaurant, Kruggasse, jeden Mittwoch vor dem 1. und 15. jeden Monats statt.

Spreng. Die hiesigen Arbeitsverhältnisse sind z. B. keine rosen. Bei Löhnen von 8-12 A bei 12-14stündiger Arbeitszeit läßt sich kein Schlaraffenleben führen. Die paar Spargroschen aus besserer Zeit gehen also flöten. Bei den herrlichen Zuständen ist es kein Wunder, daß die Werkstätten, besonders die Gießereien, einem Taubenschlag ähneln. Die meisten nehmen bloß Arbeit, um wieder mal einen Arbeitschein zu bekommen. Dadurch kommt es auch, daß unsere Verwaltungsstelle sehr großen Schwankungen in der Mitgliederzahl unterworfen ist. Heute sind wir vielleicht 40 bis 50 Mitglieder, in 14 Tagen sieht man davon nur noch 20. Jedoch agitieren wir unerbittlich, so daß sich an jedem Versammlungsabend wieder neue Mitglieder aufnehmen lassen. In unserer Versammlung vom 7. Mai wurde beschlossen, die Zeitung jedem Mitglied in die Wohnung zu schicken und Kol. J. Schön, Halbedach 9, erklärte sich bereit, dies zu thun. Als Redaktor wurde gewählt Fr. Redaagel, als Schriftführer Karl Steigleiter. — Die reisenden Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß die Reiseunterstützung bei S. Kompten, Johannitergasse 1, ausbezahlt wird und daß auch diejenigen, welche noch nicht 26 Wochen dem Verbande angehören oder keine Unterstützung vom Verbande erhalten, sich da melden mögen, da wir denselben eine Kleinigkeit aus der Ortskasse zahlen. Dringend möchten wir jedoch die Kollegen bitten, nur in unserer Herberge zu verkehren, wir können keinen Zwang ausüben, aber es wäre erwünscht. — Auf unsere Anregung wurde auch vor kurzem hier ein Gewerkschaftskartell gegründet; da die hiesigen Gewerkschaften alle schwach sind, so haben sie umsomehr Veranlassung, zu gegenseitiger Unterstützung in allen gewerkschaftlichen Angelegenheiten. Es sollen gemeinschaftliche Versammlungen stattfinden, als Zentralherberge ist der „Nömische Kailer“ bestimmt. Auch die Bibliotheken sollen vereinigt werden.

Wiesbaden. Hier ist seit kurzer Zeit eine Bewegung im Gange, wir wollen sehen, ob wir den Beinhundentag ohne Streik durchführen können und dazu ist jetzt jedes Mitglied eifrig bemüht, seine Nebenkollegen aufzumuntern. Wir stellten am 29. Mai eine öffentliche Versammlung ab, um die Ansichten der Kollegen zu hören. Nun haben wir hier eine Maschinenfabrik Philipp, welche durchschnittlich 60 Mann beschäftigt,

davon sind nur sehr wenige im Verband; wenn die Beinhundentag auch gemüht sind, bei Einführung des Beinhundentages mitzuwirken, so haben sie doch den Muth noch nicht, dem Verband als Mitglieder beizutreten. Hoffentlich kommen dieselben bald zur Erkenntniß. Dieser gebildete Mann, Philippi, nun ist es, welcher 3 Kollegen, die dem Verbande angehören, am Montag nach der Versammlung ohne Kündigung mit den Worten entließ: „Sozialdemokraten und Hecker könnte er nicht gebrauchen.“ Dabei bediente er sich noch des Ausdrucks: „Der Metallarbeiterverband ist ein Lausbubenverein.“ Die drei Kollegen halten nur ihre Schuldigkeit gethan und bei ihren Nebenstellen agitiert; jedenfalls ist ein Schmaroger darunter, der es dem edlen Herrn hinterbracht hat. Die drei Kollegen haben beim Verband um Rechtsschutz nachgeholt, das Gesuch ist auch bewilligt und die Sache bei Gericht anhängig. Wir rufen den Kollegen zu: Schließt Euch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an, dann können wir auch etwas erringen. Alle Sendungen an den Bevollmächtigten Franz Paseloff, Hermannstraße 9.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Düsseldorf. Die Inhaber der Wasserschloßerei Bachhausen u. Jakob, Herzogsstraße, stellten am letzten Samstag an die für sie arbeitenden Gesellen das rigoroze Verlangen, daß, wer auch nur 1-2 Minuten zu spät zur Arbeit erscheine, sich eine volle Stunde in Abzug bringen lasse. Auch sonst hat der rühmlichst bekannte Herr Jakob öfters Jan und Streit in der Werkstatt, der mitunter recht widerlich ausartet. Dieser Behandlung überdüssig, haben alle Gesellen mit Ausnahme des Schlossers Otto Herrmanns aus Hannover (ebig) die Kündigung eingereicht. Zugang fernhalten!

Feilenhauer.

Bukarest. Wir machen aufmerksam, daß die Sperre über Rumänien auch noch weiterhin streng erhalten bleiben muß. Bei der Firma Beter haben wir gefügt, jedoch sind tiefgehende Differenzen mit der anderen Werkstatt vorhanden. Kein Feilenhauer darf hier in Arbeit treten, bevor er nicht einen gestempelten Schein vom Arbeitsnachweis in Händen hat. Ferner warren wir vor dem Feilenhauer Franz Friedrich Hermann Volkrath aus Neuschönefeld bei Leipzig, welcher keiner Organisation angehört und hier als Zugerister einen Vertrag verfaßt und dann verschwand, trotzdem er hier Arbeit erhalten sollte. Im Namen der Bukarester Feilenhauer

der Vertrauensmann.

Beide. Im Interesse meiner Kollegen mache ich hiermit darauf aufmerksam, daß in der Feilenhauererei des Herrn Hilbert merkwürdige Verhältnisse herrschen. Im Laufe eines Jahres haben ca. 15-20 Kollegen bei ihm gearbeitet. Welches Wissens kann Herr Hilbert 2 Mann gut beschäftigen und ist noch nie eine Entlassung wegen Mangel an Arbeit oder Unbrauchbarkeit vorgekommen. Und doch können gute Kräfte sich nur 3-4 Wochen am Orte halten! Es kann also Niemand auf dauernde Arbeit rechnen, sondern nur auf so lange, als es die gute Laune des Herrn Hilbert erlaubt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Trotz wiederholter Bekanntmachungen werden leider immer noch viele Fehler in der Auszahlung der Wanderunterstützung gemacht, so daß wir hier nochmals darauf hinweisen, daß wir künftighin alle Bewaltungsstellen, welche gegen das Statut, sowie unsere Bekanntmachung verstoßen, für den entstehenden Schaden verantwortlich machen und an dieser Stelle unter Hinweis auf ihre Fehler veröffentlichen werden.

Es ist mehrfach vorgekommen, daß Mitgliedern, die noch gar nicht unterstützungsberechtigt sind, Reiselegitimationen herabfolgt worden sind. Es ist dies nur dann zulässig, wenn das betreffende Mitglied während der Reise unterstützungsberechtigt wird; in diesem Falle ist der Tag, an dem die Karenzzeit verstrichen ist, auf der Reiselegitimation aufällig zu vermerken (z. B.: „Inhaber tritt am ... in die vollen Rechte“) und den Ortskassen beizufügen.

Es werden auch häufig auf Seite 25 („Bemerkungen“) ganz nichtsfagende Notizen, wie z. B. „Inhaber hier keine Arbeit erhalten“, oder „Wegen Lohnminderungen zur Abreise gezwungen“ z. gemacht, wodurch in ganz kurzer Zeit die für Bemerkungen referierte Seite vollends beschriebe und unbrauchbar wird. Wir eruchen, dies künftighin zu unterlassen, da die Bemerkung des ersten Inhalts aus der Verabfolgung einer Reiselegitimation ohne Weiteres hervorgeht. Die zweite Bemerkung hat aber insofern absolut keinen Zweck, als für den Fall, daß wirklich Lohnminderungen vorliegen, der **Verbandsvorstand**, nicht aber die Ortsverwaltungen, eine früher einzutretende Unterstützungsberichtigung zu beschließen hat.

Buch Nr. 10,662 des Dreher's Richard Kainer, geb. 2. Oktober 1866 in Braunschweig, wird hierdurch für ungültig erklärt.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Vereine fern zu halten: **Formex von Hirslanden** in Obernburg, **Döbeln i. S.** und **Hersford i. W.** Feilenhauer von **Chrumitz u. Hazen, Bittern i. W.**

Eine Durchsicht der Lezhin eingekaufte Abrechnungen ergibt ziemlich hohe Passivenbestände an Orten, wovon die eine Wanderunterstützung ausbezahlt wird. Wir ersuchen die betr. Orte, alle entbehrlichen Geldmittel **umgeherd** an uns einzusenden.

Da wir mit dem 15. Juni unter hiesiger Bureau in der kurzen Straße 3 aufzugeben gezwungen waren, bitten wir künftighin alle Sendungen an den **Deutschen Metallarbeiter-Verband**, Stuttgart, **Schlößerstraße 21.**, zu adressieren. Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Schlößerstraße 21.

zu richten, und ist auf dem für Mitteilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongressprotokolle oder Delegirtensteuer ist.

Die Mitglieder: **Former Heinrich Schlipper** aus Schlußau und **Klempner Hermann Bartel** aus Orleg werden ersucht, ihre Adresse umgehend anzugeben.

Für die Familie unseres verstorbenen Hauptkassiers **G. Goldbach** ist auf die vom Vorstand ausgegebenen Sammellisten vom 30. Mai bis 11. Juni aus folgenden Verwaltungenstellen eingegangen:

- Delmenhorst 1. Jena 9,32. Rimbach 4,50. Rechhausen 3,30. Ansbach 2. Monatslohn 9. Ulm 6,35. Rastach 19,35. Heidenheim 10,40. Wank b. Wilhelmshafen 44. Säckel 17,70. Witten 18,50. Fährh 19,25. Belue 7. Sangerhausen 14,60. Wolgast 3,50. Freiburg 8,50. Döbeln 15,95. Sossenheim 1,85. Dortmund 14,80. Fürstentum 4,95. Konstanz 17,70. Reutlingen 7,30. Summa 200,32.

Die Sammellisten sind, damit eine genaue Kontrolle ermöglicht wird, mit dem Betrage einzusenden.

A. Jung.

Abrechnung von der Hauptkasse pro Mai 1892.

- Einnahme. Kassenbestand von letzter Abrechnung 870,90. Vom aufgelösten Mechaniker-Verband durch Th. M., Hamburg 367,26. Einschreibegelder und Beiträge: Schwabach Fr. Sch., 95,28. Leipzig, D. R. N. 70. Gassen, C. Th. 40. Schalle, D. A. 25,20. Fährh, Fr. R. 197,34. Gerasmühl, M. F. 46,80. Entlingen, F. St. 32. Erlangen, D. R. 3,20. Ulmenburg, D. W. 59,60. Witten, D. G. 93,30. Essen, C. G. 12,50. Braunschweig, Schlosser zc., A. Sch. 67,55. Mühlheim a. Ruhr, W. G. 12,70. Ehlhagen, J. D. 37,30. Offenbach, Schlosser, M. G. 21,30. Pegnitz, F. A. 30,80. Elfenburg, C. S. 50. Meuselwitz, D. R. 25,40. Schalle-Gelsenkirchen, D. A. 9. Hofsch, J. M. 50. Wilhelmshafen, F. R. 135,08. Ößnitz 8,30. Duisburg, W. G. 15,40. Königsberg, F. J. 34,35. Lorzau, A. J. 12,90. Lüneburg, C. M. 12,30. Stettin, C. D. 40,05. Kade v. Wald, F. B. 18,20. Reutlingen, F. D. 14,56. Döbeln, F. R. 1,20. München, Metallschläger, A. D. 17. Glückstadt, C. St. 15,80. Bodenheim, C. Sch. 38,12. Kaiserslautern, D. R. 20. Cannstatt, C. R. 72,45. Harburg, L. G. 200. Müllersheim, G. J. 26,80. Chemnitz, Feilenhauer, M. R. 45. Penig, J. R. 49,85. Aachen, G. Sch. 30. Glauchau, A. G. 16,50. Mühlheim a. Rh., J. S. 42,55. Quedlinburg, C. F. 88,90. Höchst a. M., B. R., 53,80. Nürnberg, Neuzugindustrie, C. B. 131. Hendsburg, G. R. 70,29. Breslau, Klempner, A. S. 70,10. Freiburg i. Br., A. R. 15. Brandenburg, W. R. 47,20. Altona, Klempner, F. R. 62,70. Nürnberg, Mechaniker, C. G. 35. Kiel, R. Sch. 321,84. Limbach, A. R. 16. Gottbus, A. R. 30,61. Rechhausen, W. L. 39,50. Bornheim, R. 22,70. Frankenthal, P. S. 17. Weimar, C. G. 18,50. Elbing, C. G. 29,28. Roth a. S., J. G. 50. Gomburg, J. R. 24,60. Wald, Rhl., Fr. R. 17,90. Saalfeld, A. B. 140. Offenbach a. M., M. G. 43,50. Welbert, W. R. 44,70. Mühlheim a. Rh., Feilenhauer, W. R. 14,76. Nürnberg, Feilenhauer, J. R. 18,70. Braunschweig, Schlosser zc., A. Sch. 176,45. Mühlhausen i. Thür., A. M. 34,30. Wrieß b. Kiel, W. Sch. 133,30. Würzen, M. B. 16,05. Dessau, Fr. S. 38,80. Egelu, A. G. 20. Stuttgart, W. R. 42,20. Schw.-Grund, J. G. 7,16. Wolfenbüttel,

F. S. 19,10. Sauer, G. W. 8,30. Jena, W. T. 24. Leipzig, West, P. Sch. 150. Grimma, W. B. 13,30. Nürnberg, Schlosser, C. U. 58,05. Steffin, G. D. 80. Celle, H. S. 20,30. Breslau, A. S. 61,67. Meissen, C. F. 31,40. Frankfurt a. M., Spengler, C. Sch. 51,55. Nürnberg, Flaischner, A. L. 163,17. Flensburg, J. P. 26. Delmenhorst, A. W. 11,33. Mannheim, C. U. 11,10. Schwemingen, L. F. 14,10. Neu-Ruppin, D. S. 150. Bielefeld, G. J. 120. Nürnberg, Schmiede, H. Sch. 92. Lahr, H. G. 7,24. Oldesloe, G. L. 0,30. Hamburg, Mechaniker, Th. H. 30. Altona, L. W. 100. Minden b. Hann., L. S. 32,35. Birndorf, G. R. 14,40. Fürstenwalde, J. Sch. 17,85. Nürnberg, Metallschläger, J. S. 18,41. Gassen, C. Th. 2,10. Einzelmitglieder bei der Hauptkasse 205,05. Eingegangene Gelder ohne Angabe wofür: Buda, A. W. 80. Leipzig, Centr., D. W. 50. Oberstadt, D. P. 15,53. Nürnberg, Metall-drücker, M. S. 77,90. Altona, G. Sch. 2,21. Vera, G. W. 40,40. Zeitz, C. W. 40,88. Neutlingen, G. D. 25,41. Nürnberg, Zinn-gießer, W. D. 85,27. Speyer, J. R. 15. Münderheim, W. B. 22,80. Braunschweig, Feilenhauer, A. G. 12. Korbhansen, G. W. 26,80. Extramarken: Essen, C. G. 30,90. Offenbach, M. S. 1,80. Hofstad 1,40. Schönberg, G. F. 0,20. Torgau, A. J. 1,20. Neutlingen, F. D. 0,20. Hocht a. M., P. R. 1,40. Brandenburg, W. H. 2,80. Kiel, R. Sch. 87,70. Offenbach a. M., W. G. 10,20. Wolfenbüttel, F. S. 2. Jena, W. T. 5,15. Flensburg, J. P. 15. Delmenhorst, A. W. 4,80. Lahr, A. G. 0,20. Fürstenwalde, J. Sch. 5,70. Einzelmitglieder der Hauptkasse 2,30. Extracinnahmen: Essen, C. G. von der Lokalasse 4,70. Kaiser-lautern, freiwillige Beiträge, D. S. 2. Nürnberg, Metallschläger, zur Agitation, M. Sch. 5. Hofstad, J. M., Ertragbuch 0,20. Für Zeitung v. Nichtmitgl., Offenbach, M. S. 1,80. Delmenhorst 0,81. Zurück-erhaltener Zuschuß, Steffin, G. D. 6. Zurückerhaltener Zuschuß von Coburg 15. Zu viel ausbezahlt erhaltene Wanderunterstützung zurückgezahlt Südenscheid, W. A. 2,50. Einnahme der Hauptkasse für Porto 8,55. Für Protokolle 8,20.

Delegiertenmarken: Schwabach, F. Sch. 1,80. Schaffe, Gelsenkirchener, W. A. 3,30. Fürth, F. R. 19,50. Altona, W. B. 7,05. Essen, C. G. 15. Braunschweig, Schlosser, W. A. Sch. 20. Schaffe, Gelsenkirchener, W. A. 0,15. Hofstad, J. M. 0,90. Frankfurt a. M., S. P. 23,55. Königsberg, G. F. 2,55. Torgau, A. J. 0,75. Steffin, G. D. 2,85. Neutlingen, F. D. 0,75. Lübeck, G. S. 7,95. Göttingen, G. St. 4,50. Kaiser-lautern, D. S. 1,05. Köln a. Rh., J. R. 2,55. Cannstatt, C. R. 8,55. Wismar, W. S. 3,75. Penig, J. R. 8,40. Bremen, J. W. 2,40. Dnebstadt, G. F. 0,60. Neudorf, G. R. 9. Breslau, Kempner, A. S. 2,40. Nürnberg, Mechaniker, G. C. 0,90. Kiel, R. Sch. 22,50. Cottbus, A. L. 3,30. Seehausen, W. S. 1,20. Bornheim, R. 1,95. Weimar, S. S. 1,50. Wald i. Rhf., F. R. 0,30. Offenbach a. M., W. G. 6,30. Heilbronn, A. W. 3,30. Welsch, W. S. 0,45. Nürnberg, Feilenhauer, J. M. 0,30. Braunschweig, Schlosser, W. A. Sch. 23,55. Würzen, M. W. 14,10. Dessau, F. L. 6. Schw. Gmünd, J. P. 1,05. Wolfenbüttel, F. S. 0,60. Jena, W. T. 1,80. Augsburg, G. S. 16,20. Nürnberg, Schlosser, W. A. G. 8,85. Celle, A. S. 1,05. Meissen, C. F. 2,25. Mannheim, C. U. 2,40. Schwemingen, Th. F. 0,60. Lahr, H. G. 0,75. Hamburg, Mechaniker, Th. H. 2,55. Ausbach, W. S. 5,25. Minden b. Hann., L. S. 7,65. Göttingen, F. F. 0,15. Fürstenwalde, J. S. 0,45. Gassen, C. Th. 2,85. Südenscheid, G. W. 11,85. Einzelmitglieder der Hauptkasse 1,50. — Summa: 7561,41.

Ausgabe: „Metallarbeiter-Zeitung“ 3800. Druckarbeiten 585,15. Gehalt der Bureaubeamten und Hilfsarbeiter 527. Bureaukosten nebst Bedienung 19. Für Stempel 30,24. Agitation 5. Rechtschutz 53. Streifschulden, Göttingen 80. Unzugskosten für A. Junge 62,20. Wanderunterstützung an Einzelmitglieder 1,94. Porto 95,62. Sachliche Ausgaben 9,12. Zuschüsse an die Rahlfellen: Weyenuth 100. Würzburg 50. Danzig 50. Minden 30. Bries 10. Ulm 25. Osnabrück 50. Gotha 40. Wörmis 25. Magdeburg 50. Göttingen 200. Bries 15. Bremen 80. Würzburg 80. Oldesloe 30. Coburg 15. Schwelmfurt 30. Bamberg 40. Coburg 15. Haynau 30. Neu-Ruppin 20. Fulda 30. Ulken 55,30. Kouganz 40. Freiburg i. S. 28. Erfurt 20. Gießen 50. Cassel 100. Osnabrück 60. Halle a. S. 50. Ulm 40. Minden 30. Potsdam 50. Zwickau 50. Summa: 6846,57.

Einnahme	7561,41
Ausgabe	6846,57
Raffensbestand	714,84

Zentral-Franken- u. Sterbekasse der Metall-Arbeiter „Vulkan“ (G. S. 89).

Abrechnung der Hauptkasse pro Mai 1892.

Einnahme: Raffensbestand ultimo April 3439,70. Von Altona 100. Begerhorbeck 60. Berlin I 200. Berlin III 75. Berlin IV 200. Berlin VII 100. Berlin VIII 75. Bielefeld 100. Brandenburg 50. Braunschweig 100. Bromberg 80. Budau 200. Cassel 150. Chemnitz 150. Dietrichsdorf 50. Edigheim 40. Eilinghausen 60. Eising 50. Ellerbeck 150. Fürstenwalde 80. Forchheim 50. Frankfurt a. M. 50. Freiberg i. S. 30. Gassen 54,60. Götha 50. Gasse 50. Gese-lingen 50. Hilsheim 82,28. Jöhoe 40. Kaiserlautern 100. Karlsruhe 150. Kiel 200. Linden 100. Meissen 40. Meß 50. Mörck 50. Mühlhausen i. Th. 30,55. Neuß 50. Nisch 40. Nippes 100. Nowawes-Nenndorf 50. Penig 70. Pleschen 100. Radebeul 100. Reichelsheim 30. Rendsburg 21. Neutlingen 100. Rumpar 55,11. Rönndorf 60. Rörath 22,82. Ruhrort 60. Saalfeld 90. Schönberg 30. Siegmünde 100. Steinbeck 28,30. Sudenburg 100. Tegel 50. Troisdorf 59. Werddahl 25. Westerbüchel 60. Wetter a. Ruhr 50. Wilhelmshaven 140. Wismar 100. Wolfenbüttel 50. Beiträge von einzelnen Mitgliedern und Vergütung für Porto 131,66. Summa: 8510,02.

Ausgabe: Nach Altona 125. Altona 125. Wachen 200. Bochum 60. Bodenheim 50. Calu a. Rh. 50. Darmstadt 160. Dessau 75. Deuben 100. Dresden-Neustadt 50. Eller 75. Eningen 50. Erfurt 100. Essen a. Ruhr 200. Eplingen 100. Frankenthal 75. Gaarden 100. Gerresheim 110. Göttingen 50. Gr. Buchholz 50. Großbaum 40. Gagen 100. Gagsfeld 75. Gohfeld 50. Görde 100. Kiel 100. Königsberg 150. Marten 120. Mühlheim (Ruhr) 150. Neheim 50. Neustadt-Magdeburg 40. Oberbill 100. Mathor 30. Neindorf 50. Nothenditmo 60. Saarbrücken 200. Saargemünd 170. Schaffe 150. Schiffbeck 50. Schwelm 50. Sthrum 100. Unterbach 40. Werbau 30. Weingarten 120. Wündorf 80. Krankengeld an: G. Grau, Neudorf 99,90. A. Schmidt, Wachen 17,60. G. Weime, Gr. Gernersleben 33,30. D. Spring, Brewe-rhagen 61,05. G. Jakob, Oberstadt 40. G. Wieland, Stuttgart 90,65. P. Moloff, Götting 20,35. G. Varich, Götting 18,50. G. Hagedorn, Baderborn 24,05. Entschädigung an die Revisionskommission 24. Fahrgehalt und Diäten an Wieland nach Kiel zur Revision der Hauptkasse 11,30. Gehalt an die Beamten 410. Halbjährliche Bureau-miete 150. Alters- und Invaliden-Versicherung 240. Porto und sonstige Aus-gaben 58,88. Summa: 5171,98.

Einnahme	8510,02
Ausgabe	5171,98
Raffensbestand	3338,04
H. Wieland, Hauptkassirer.	

Allgemeine Franken- u. Sterbe-kasse der Metallarbeiter (G. S. 29).

Abrechnung von der Hauptkasse pro Mai 1892.

Einnahme: Raffensbestand ultimo April 206,344,71. Von Altona 200. Wachsenburg 100. Augsburg 200. Wörmen 100. Bergen b. Hanau 80. Berlin III 100. Berlin VII 200. Berlin IX 300. Bernau 80. Belundersheim 60. Billwärder 150. Bochum 50. Braunschweig 800. Breslau 600. Bries 50. Budau 100. Bürgel 100. Bulach-Belethheim 100. Burg b. Magdeburg 42. Burgfarrnbach 60. Cassel 150. Chemnitz 200. Deuben 100. Dietrichsdorf 100. Dresden-Neustadt 200. Döbeln 70. Daldorf 50. Edigheim 30. Eilenburg 180,23. Ellerbeck 50. Eplingen 42. Eningen 60. Fechen-beim 150. Flensburg 100. Friedberg 47,80. Friedrichstadt Magdeburg 100. Gaarden 100. Gabsenz 100. Geseendorf 80. Geraamühl 100. Geseberg 50. Glasshütte 52,58. Glei-berg 30. Götha 50. Göttingen 200. Götting 60. Großehahn 50. Gummersbach 100. Hamburg-St.-Georg 400. Gasse 50. Gatters-heim 100. Görde 100. Hof 50. Kiel 200. Kirchlind 40. Königsberg 350. Kronsauz 17,50. Lammerspiel 42,60. Laugensück 40. Laufach 50. Leipzig 150. Leinhardt 100. Linsburg 50. Loßwitz 40. Lübeck 100. Mairbach 25. Meissen 80. Memel 22,54. Merseburg 130. Mühlhausen i. Th. 132,49. Mühlheim a. d. R. 150. Münder i. G. 50. Neustadt a. d. R. 39,47. Nieder-Siegelheim 80. Oberndorf a. R. 117,75. Oberndorf 250. Oberlein 29,60. Oberusel 12,26. Pirma-fens 28,00. Plogwitz 100. Quedlinburg 50. Rabenau 30. Rellingen 80. Rödorf 200. Rosdorf 100. Saarbrücken 73,25. Schiffbeck 255. Schleibach 60. Sommerbruch 33,96. Sohlen 60. Stiebel 40,25. Stollberg i. S. 40,15. Stützel 4,80. Straßdorf 30.

Straubing 100. Striegau 35,74. Schwelm 50. Teilnang 60. Troisdorf 11. Torgelow 29,35. Unterkoben 50. Unterkoberbach 50. Albert 50. Wieselbach 20. Wollau 20. Wörbe 21,28. Waldschaff 30. Wehlheiden 50. Wiesel 59. Wismar 80. Zeitz 50. Zeulenroda 40. Beitragsgeld von einzelnen Mitgliedern 11,70. Beiträge 579,25. Ab-geordnetensteuer 45,60. Buben 9,40. Ver-gütung an Porto 28,31. Halbjährige Miete von Vulkan 150. Halbjährige Miete von G. Dutenuth 150. Sonstige Einnahmen 8,84. Summa 218.684,91.

Ausgabe: Nach Altona 80. Ammer-bach 100. Altona 60. Arbach 100. Altengagen 45. Alfeld 50. Bayenthal 50. Berlin VII 300. Bessungen 120. Cannstatt 200. Cöln (Süd) 100. Darustadi 100. Dortmund 75. Eller 200. Eukheim 100. Eplingen 100. Faurndau 30. Finstewalde 40. Flingern 100. Geseendorf 75. Geilen-berg 50. Gerresheim 75. Gmünd (Schwab.) 100. Gorbitz 50. Grafenberg 200. Groißsch 50. Hagen 100. Hanau 200. Harleshausen 100. Hedernheim 80. Hennes 30. Hildebe 100. Jugoßadt 50. Karlsruhe 300. Kirch-heim u. L. 50. Laar 50. Lautenberg a. d. W. 30. Lemsdorf 200. Lüdtau 100. Magde-burg 100. Mannheim 100. Mannheim-Neckar-Vorstadt 100. Oberbill 200. Oberhausen 200. Odenburg 100. Ottenen 100. Ober-ble 80. Pforzheim 100. Planen b. Dres-den 100. Ravensburg 50. Rodenkirchen 100. Ruhrort 50. Saalfeld 150. Sachsen-hausen 200. Schöllbrunn 150. Sterckede 100. Söllingen 40. Solingen 200. Spel-dorf 100. Steele 80. Urberach 100. Weiß 80. Würzburg 150. Krankengeld an: G. Bod, Meuselwitz 7,70. H. Botend, Mörck 42,95. G. Friedel, Berlin 82,45. M. Fried-rich, Helmstedt 21,15. G. Hofmann, Mar-born 26,50. D. Secht, Lütjenburg 10,05. A. Hoffmeister, Gaudorf 38,55. G. Jakobs, Bennep 25,85. W. Kreuter, Painsstadt 42,30. H. Kling, Marborn 70,50. D. Krause, Würzen 14,75. P. Krack, Marborn 84,80. G. Krem-ling, Pforzheim 2,35. Th. Drf, Soest 42,95. St. Bischof, Ottendorf 14,75. H. Pöschel, Wiesbaden 45,30. G. Reinholdt, Alverstedt 47. Ph. Rühlant, Wenigenstadt 54,70. G. Späthler, Laubuschbach 51,70. J. Siedel, Sbrunboch 56,40. F. Sommer, Horn 33,55. L. Schnarr, Weiperz 50. G. Thomas, Ober-lojel 16,45. D. Wegel, Gommig 70,50. Ph. Wallmann, Schlierstadt 84,60. J. Weust, Hombühl 45,30. Für ärztliche Behandlung 16,75. Für Arznei und sonstige Heilmittel 14,75. Kur- und Verpflegungskosten für G. Stein, Seehausen 55,25. Für A. Krug, Söthen 6. Sterbegeld für J. Späthler, Laubus-eschbach 75. Für G. Kremling, Pforzheim 75. Für J. Kerler, Plogitz 60. Gehälter an die Beamten der Hauptverwaltung 645. Vergütung an die Revisionskommission 82,10. Prozeß- und Anwaltskosten 64,75. 1/4-jähr-liche Miete 250. 1/4-jährliche Reinigung und Heizung des Bureaus 155,20. Porto, Pack- und Schreibmaterial 142,06. Ca. 9339,76.

Einnahme	218.684,91
Ausgabe	9.339,76
Raffensbestand	209.345,15
G. Dutenuth, Hauptkassirer.	

Stuttgart. Am Pfingstsonntag ver-sammelten sich die Delegierten der Allge-meinen Franken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29) von der 26. Wahl-abteilung (Württemberg) in der Restau-ration Vulkan, Kanälestraße, um über die Stellungnahme, die diese Wahlabteilung bei der Generalversammlung in Weimar ein-nehmen soll, gemeinsam zu beraten. Um 11 Uhr wurde von dem Einberufer Schram-berger-Heilbronn die Sitzung eröffnet und als Vorsitzender Schramberger, Kurz-Gmünd als Schriftführer gewählt. Nach der Einleitung von Seite des Vorsitzenden ergreift Junge-Stuttgart das Wort und gab einen kurzen Rückblick über Thätigkeit und den Stand der Kasse. Auf die Zukunft derselben ein-gehend, führte Redner aus, daß durch die Umwandlung in eine Zuschußkasse vielen un-nötigen Geldausgaben und riesigen Ar-beiten, die den Verwaltungen durch num-mehrlige Bezahlung von Doktor und Apo-thek erwachsen würden, vorgebeugt würde. Ganz schön und hübsch möge ja der Ge-banke sein, daß man das, was man nach so schwerem und langem Kampfe errungen habe, auch zu halten suche, allein derartige Mani-pulationen würden der Kasse nur ihr Geld entführen und in kurzer Zeit wäre man doch gezwungen, eine Zuschußkasse aus der Haupt-kasse zu machen, dann sei aber das Geld fort. Dieser hohe Beitrag wäre zu zahlen, während das Mitglied doch nicht viel er-halte. Es heiße jetzt, das Geld halten und mit Ged und Pack in die Zuschußkasse über-gehen. Der Redner reißt folgende Reso-lution ein: „Die Delegierten Württembergs werden beauftragt, unbedingt dafür zu stimmen bezw. einzutreten, daß die Allge-meine Franken- u. Sterbekasse der Metall-arbeiter (G. S. 29) aufgelöst, das genannte Raffensvermögen der Zuschußkasse „Vulkan“ Nr. 89 unter der Bedingung, daß alle Mit-

glieder der oben genannten Kasse ohne Unter-schied ohne Beitragsgeld und ohne ärztliche Untersuchung aufgenommen werden, über-wiesen wird.“ Werner-Eplingen tritt den Ausführungen von Junge entgegen und ist der Meinung, daß Junge nur die Schattenseiten betrachtet habe, so schlimm sei die Sache nicht, daß man das Gewehr sofort zu strecken habe. Jedenfalls seien die drei-Klassen, auch der politische Hintergrund, den die Sache habe, sei für ihn bestimmend, für die Beibehaltung der Hauptkasse zu sprechen; er glaube, die Filiale Eplingen würde bei einer Umwandlung in eine Zuschußkasse sehr viele Mitglieder verlieren. Er stellt den Antrag die Hauptkasse bestehen zu lassen und dieselbe dem Gesetze anzupassen. — Geier-Eppingen ist im Ganzen mit den Ausführungen Junge's einverstanden und glaubt, daß ganze Filialen auf einmal zu Grunde gehen, falls die Kasse dem Gesetze angepaßt werde und wies dies an der Hand einiger Beispiele aus eigener Filiale drastisch nach. — Kurz-Gmünd spricht gleichfalls für den Antrag Junge unter Hinweis auf die Filiale Gmünd, die sofort einer Auflösung entgegen-gehe, sobald aufgeschlagen werde. Gegenüber den Ausführungen von Werner-Eplingen be-züglich der Ortsklassen führt Kurz aus, daß, sobald die inerteilten Arbeiter gezwungen würden, einer Ortsklasse anzugehören, auch dort andere Zustände eintreten würden, die Arbeiter dürften dann nicht nur ruhig Mit-glied bleiben, sondern sie müßten darnach trachten, die Verwaltung in die Hand zu be-kommen; sicherlic werde auch mit der jetzt beliebten Behandlungsweise gewisser Herren Doktoren gründlich aufgeräumt. — Kaiser-Eplingen war anfangs geneigt, seinen Kol-legen Werner zu unterstützen, ist aber durch die Gründe, die gegen die Ausführungen Werners vorgebracht wurden, andern Sinnes geworden. Dagegen Klein-Gmünd, und nachdem noch Ostertag-Stuttgart für den Antrag Junge plädiert, ergreift das Schluß-wort Schramberger-Heilbronn, der in längerer und gewandter Rede das Für und Wider beleuchtete, betonend, daß es schmerzlic sei, aufgeben zu sollen, was nach hartem Kampfe errungen worden; die Wahl sei einem auf diese Weise sehr schwer gemacht. Doch ist Redner immer noch für Beibehaltung der Kasse nach § 75 und glaubt, es zunächst ein Jahr probieren zu sollen. Die Abstimmung ergibt folgendes Resultat: für den Antrag Junge, Auflösung und Umwandlung in eine Zuschußkasse, sind die Filialen: Eplingen, Gmünd, Stuttgart, Göttingen, Unterkoben, gegen denselben und für Beibehaltung der Ortsklasse: Heilbronn und Cannstatt; dem-nach ist der Antrag Junge mit großer Majorität angenommen. Die Minorität trat dem Beschlusse der Majorität sofort bei und wird nun in den Filialen deutent-sprechend gearbeitet werden. Nachdem noch von Junge der Antrag gestellt worden, sofort der „Tagewacht“ und der „Metallarbeiter-Zeitung“ einen Bericht zugehen zu lassen, im Interesse der nichtvertretenen Filialen, wird der Schriftführer beauftragt, solches zu besorgen.

Einigesand.

„Wie herrlich ist es doch zu leben!“ — selbstverständlich nur für denjenigen Arbeiter, der sich des ganz besondern Schutzes einer, von einem „humanen“ Arbeitgeber in Gnaden erlassenen Arbeitsordnung erfreut. Vor uns liegt wieder so ein Beitrag der Fürsorge des Kapitals für „seine“ Arbeiter. Wir hätten von diesem nun eigentlic gar keine Notiz genommen, denn diese Maß-werke gleichen sich wie ein faules Ei dem andern, wenn wir nicht von dieser Fabrik, resp. von deren Leitung gewohnt waren, daß sie in der Behandlung der dort beschäftigten Arbeiter eine rühmliche Ausnahme machte; um so mehr muß es uns wundern, daß die Westinghouse-Eisenbahn-Gesellschaft Hannover am 15. Mai ein solch' reaktionäres Maßwerk vom Stapel läßt, welches als getreuer Abklatsch des Ent-wurfes der Normalarbeitsordnung des Ge-samterverbandes deutscher Metallindustrieller von Anfang bis Ende nach Gebr. Körting duftet. Obwohl nun der § 134d der Reichsge-werbeordnung bestimmt, daß den Arbeitern vor Erlass einer Arbeitsordnung Gelegenheit gegeben werden soll, sich über den Inhalt derselben zu äußern, ist uns von einer der-artigen Maßregel nichts bekannt, ebensowenig von einer Ausführung der Bestimmungen der §§ 134a und h.

Da alle Arbeitsordnungen, die nach In-teraktion der Gewerkschaften erlassen sind, von der unteren Verwaltungsbehörde auf ihre ge-sehliche Richtigkeit geprüft werden müssen, so müssen wir annehmen, daß dieses bei der uns vorliegenden, da sie eine solche Ungefeg-lichkeit enthält, nicht geschehen ist, folglich die ganze Arbeitsordnung ungesetzlic und ungültig ist.

Wie es sich bei unserem „humanen“ Unternehmertum von selbst versteht, hat

man von den Vorteilen des Gesetzes den weitgehenden Gebrauch gemacht, dagegen aber die auferlegten Beschränkungen erheblich überschritten, namentlich bei Festsetzung von Strafen.

Dass der Arbeiter nach 10stündiger Arbeit verpflichtet ist, Überstunden zu machen, ist selbstredend, denn wozu sind denn die Arbeiter weiter da, als Tag und Nacht dem Unternehmertum Knochen und Gesundheit zur unbeschränkten Verfügung zu stellen; dabei wollen wir aber nicht vergessen zu konstatieren, daß in der Zeit von 6—8 Uhr Abends der 1/4 und von 8—12 Uhr der 1/2-sache Tagelohn bezahlt wird — noch ein Ueberbleibsel der wirklich humanen Bestimmung, welches wir anerkennen. Ebenso selbstverständlich ist, daß sich alles nach dem gegebenen Glockenzeichen regelt und wir gar nicht nötig haben, rauchend oder leidend (ob dieses letztere auch auf § 6 Abs. 11, wonach alle Arbeiter verpflichtet sind, jede Mittheilung zu lesen, Anwendung findet, haben wir noch nicht in Erfahrung bringen können), in der Fabrik getroffen wird, da regnet es natürlich die obliegenden Strafen.

Für ebenso ungünstlich, wie mit der Arbeitsordnung selbst in Widerspruch stehend halten wir es, wenn § 4 Abs. 5 bestimmt, daß dem Arbeiter, welcher seine Arbeitsleistung nicht vollendet, nur der durchschnittliche Tagelohn (Ab 2,70), nach Maßgabe des Krankenassenstatuts, ausbezahlt wird. § 122 der G.O. bestimmt, daß die Aenderung des Arbeitsverhältnisses für beide Theile gleich sein muß. Wehrt sich der Unternehmer also vor, den Arbeiter zu entlassen, ohne ihm Gelegenheit zu geben durch Fertigkeit seines Aktores sich in Besitz des ihm zukommenden Arbeitsverdienstes zu setzen, so muß der Arbeitgeber es sich auch gefallen lassen, ob ein Arbeiter den angefangenen Aktoer vollenden will oder nicht, oder er bezahlt ihm den bis dahin verdienten Lohn aus, der sich auf jeden Fall höher wie der in der Fabrik übliche Lohn (3 Mk.), stellen dürfte. Nach § 5 Abs. 6 werden Arbeiter, welche Modelle, Muster oder Normalwerkzeuge ohne spezielle Ordre ändern, durch Abzug eines vollen Tagelohns bestraft. Hätten die Herren bei der Verfertigung ihres Labors den § 134 gekannt, so hätten sie ohne Mühe herausgefunden, daß dieser Passus mit dem Gesetz in Widerspruch steht, denn unmöglich wird Zustand herausfinden wollen, daß die Aenderung von Modellen als Verstoß gegen die guten Sitten z. z. zu rechnen ist, woselbst besagter Paragraph den Abzug eines vollen Tagelohnes als Strafe gestattet.

Ein ganzes Bündel von Strafen und sofortigen Entlassungen regnet es für schlechte Reinigung der Maschinen, Zeichnungen oder Werkzeuge ohne Erlaubnis des Direktors mitnehmen, Anfertigen fremder Arbeiten, Handwaschen in Del z. z. bis in dem § 6 Abs. 10 die Zumuthungen an den Arbeiter den Zenith erreichen; der Abzug bestimmt nämlich, daß Zusammenkünfte, Sammeln von Unterschriften, Verkaufen von Loosen und Eintrittskarten verboten sind, und Sammellisten nur mit Erlaubnis der Direktion zirkuliren dürfen. O, sancta simplicitas! Wird da der Herr Direktor staunen, wenn nächstens seine Arbeiter zu ihm kommen und unterthänig um Erlaubnis bitten, eine Sammelliste für die freitenden Kollegen zirkuliren zu lassen, vielleicht gar für diejenigen Former oder Berufsgenossen, die bisher immer so pünktlich den Geh Geh geliefert haben, und nun nicht mehr für den geringen Lohn arbeiten wollen, und da wird dann der Herr Direktor die Erlaubnis erteilen, Geld zu sammeln, damit die Former in ihrem gerechten Kampfe nicht untergehen und die Fabrik keinen Geh bekommt. Wahrhaftig, das ist die höchste Zumuthung an die Arbeitsfähigkeit der Arbeiter. Nein, die Arbeiter müssen in der Fabrik jede Minute zu anderen Zwecken ausnützen als zum Unterschriften sammeln, dazu gibt es Orte, wo kein Fabrikpöschke mitreden hat, und wo trotzdem jeder aufgeregte Arbeiter sein Scherflein dazu gesammelt, so lange es in seinen Kräften geht.

Krautig, sehr krautig ist es aber, wenn eine Fabrikleitung glaubt, auf diesem Wege das Vertrauen ihrer Arbeiter zu fördern. Auch die Arbeiter der Schillinghause-Gesellschaft werden den Kopf geschüttelt haben und werden darüber nachdenken, wie eine Fabrik, die noch vor 4 Wochen dadurch, daß sie 3 ihrer ältesten Arbeiter zu Werkführern beförderte, das Vertrauen der Arbeiter in ganz bestimmtem Maße bestärkte, 14 Tage später diese Arbeitsordnung dekretierte, viele Arbeiter aber werden endlich dadurch zu der Erkenntnis kommen, daß sie Alles von sich selbst zu hoffen haben.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bamberg. Den reisenden Kollegen zur Kenntniß, daß in Bamberg eine Centralherberge für sämtliche organisirte Arbeiter im Gasthaus „Zum rothen Ochsen“ errichtet ist. Die Reiseunterstützung wird bei unserem Ortskassier St. Kopp, Sechenstraße 14, von halb 7—8 Uhr Abends ausbezahlt.

Bernburg. Sonnabend, den 25. Juni, Versammlung in der Schloßbrauerei. Wichtigster Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig, daß nicht wie bisher von nahezu 200 Mitgliedern immer nur 20—30 anwesend sind; ein jeder Kollege hat die Pflicht, so viel wie möglich die Versammlungen zu besuchen.

Breslau. (Sektion der Klempner.) Sonntag, 19. Juni, Nachmittags 4 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gasthof zum „Neben“, Vorwerkstraße. T. D.: Abrechnung. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschafts-Parität. Verschiedenes.

Breslau. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Das Fest findet Sonntag, 25. Juni bei Herrn Dastak, Größschrerstraße, festlich statt. Die Kollegen der Sektion der Stempeler sind freundlich eingeladen. — Die Reiseunterstützung wird nicht Seuchenstraße 20, sondern Bietzenstraße 13 ausbezahlt. Das Vereinslokal mit Herberge befindet sich jetzt bei Herrn Dürwanger, Friederich Wilhelmstr. 66 Sankt Petrus.

Coburg. Sonnabend, 18. Juni, Versammlung. T. D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlung der Beiträge. Verschiedenes.

Essen. Sonnabend, 18. Juni, Abends halb 9 Uhr im „Cafe Selpoland“ Mitglieder-Versammlung. T. D.: Beschlußfassung über Zeit und Treffpunkt des Ausfluges nach Meslau. Bericht des Bevollmächtigten über die Anfrage bei dem Hauptvorstandes und Bericht der Lokalkommission. Beitragserhebung. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.

Hortmund. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß diejenigen, welche um Stundung ihrer Beiträge nicht eingekommen sind und länger wie 8 Wochen im Rückstande sind, die Zeitung nicht mehr zugestellt bekommen. Auch können die Mitglieder ihre Beiträge nebst Buch dem Zeitungsboten mitgeben.

Freising. Die Mitgliederversammlungen finden von nun an jeden 1. und 3. Sonnabend jeden Monats, Abends halb 8 Uhr statt. Die nächste am 18. ds. Mts.

Gießen. (Allg.) Ten Mitgliedern zur Kenntniß, daß das „Schützenhaus“ nicht mehr als Verkehrslokal zu betrachten ist wegen Saalverweigerung, und findet daher Sonnabend 18. Juni, Abends 8 Uhr im Gasthof zum „Deutschen Hause“ Mitglieder-Versammlung statt. Die Kollegen werden ersucht, besser als bisher das neue Verkehrslokal zu besuchen und ihre Groschen nur da zu verkehren, wo auch der Saal zu öffentlichen Versammlungen hergegeben wird.

Sürlitz. Montag, 20. Juni, Abends halb 9 Uhr, Versammlung in Hellmann's Restaurant, Langestr. Tagesordnung in der Versammlung.

Guben. Mittwoch, 22. Juni, Mitglieder-Versammlung bei Schäbler. Tagesordnung in der Versammlung.

Bamberg. (Sektion der Klempner.) Mitglieder-Versammlung am Dienstag, 21. Juni, Abends halb 9 Uhr bei Wölfler, Valentinskamp, oberer Saal. — NB. Mitglieder, welche über 8 Wochen Beiträge schulden und momentan nicht in der Lage sind, zahlen zu können, ersuchen wir, umgehend das Verbandsbuch zum Abstempeln im Bureau, Großneuemarkt 38, vorzulegen. — Bezirkszahlstellen der Sektion: Borgfelde: Baustr. 25, Haus 32 P, bei A. Brüggemann. Hammerbrook: Grünriedich 69, 11 bei K. Dop. Eimsbüttel: Marienstr. 37, 11 bei F. Höfke. Darmsted: Deisenstr. 22, Hinterhaus, bei W. Benke. Sonntags 10 bis 12 Uhr für Darmsted-Hilfenhorst in Hilbrand's Klublokal, beim „Schützenhof“. Wandsbek: bei Dänke, Siculstr., Sonntags 10—12 Uhr. Reklamationen betr. Zustellung der Zeitung werden an vorbezeichneten Zahlstellen entgegengenommen.

Bamberg. (Sektion aller in Selbstgiebereien, Gießereien und Metallbereiheren beschäftigten Arbeiter.) Den Kollegen zur Kenntniß, daß seitens der Ortsverwaltung eine Zahlstelle eingerichtet ist bei Karl Alex, Lindenallee 34, Eimsbüttel, halbstündlich jeden Abend Entgegennahme von Beiträgen sowie Anmeldungen zur Aufnahme von Mitgliedern.

Bamberg. (Sektion der Schlosser, Maschinenbauer u. Dreher.) Dienstag, 21. Juni, Abends halb 9 Uhr im Gesellschaftshaus Harmonia, Hohe Weichen, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Vortrag. Herberge. Verschiedenes. — Beiträge werden von 3 Uhr an entgegengenommen.

Hannover. Montag, 20. Juni, Abends halb 9 Uhr, im großen Saale des „Ballhof“ Mitglieder-Versammlung. T. D.: Vor-

trag. Stiftungsfest. Aenderung des Bibliothekreglements. Verschiedenes. — Die Adresse des 1. Bevollmächtigten ist von 6—7 Uhr auf der Herberge, Köpferstr. 11, auszuzahlen.

Hamburg. Sonnabend, 25. Juni, Mitglieder-Versammlung. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.

Höchst a. M. Sonntag, 26. Juni, Nachmittags 3 Uhr, Großes Gewerkschaftsfest für Höchst und Umgebung mit Konzert, Vorträgen, volkstümlichen Spielen und darauffolgendem Tanz, unter Mitwirkung von Gesangsvereinen. Entrée 20 Pf. à Person. Wir machen die Verwaltungskassen der Umgebung darauf aufmerksam und bitten um rege Betheiligung.

Kaiserlautern (Allgem.) Samstag, 18. Juni, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der Wirthschaft bei Friedr. Moritz, Eisenbahnstr. 50. Tagesordnung im Lokal.

Karlsruhe. Samstag, 18. Juni, Mitglieder-Versammlung. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Wohnung genau anzugeben, da vom 1. Juli ab der Zeitungsträger in Funktion tritt. — Sonntag, 26. Juni, Gartenfest im Schreppischen Bierkeller, Belertheimer Allee, wozu die Mitglieder nebst Angehörigen eingeladen werden.

Kröppig. Sonntag, 19. Juni, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Saale der „Volkshalle“. Tagesordnung in der Versammlung und im „Leipziger Wälder“. Die Mitglieder werden auf § 3 Abs. a aufmerksam gemacht.

Kübeck. Mittwoch, 22. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Lecke, Leberstr. 3, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Besprechung über den Entwurf zum Lübecker Gewerkschafts-kartell zc.

Lindau. Montag, 20. Juni, Versammlung im „Holländer“. T. D.: Vortrag. Fragekasten und Verschiedenes.

München. Die Reiseunterstützung für Verbandsmitglieder wird in München beim Kassier Thomas Weindl, Reichenbachstraße 20/IV, Abends von 7 bis 8 Uhr auszuzahlen.

Nordhausen. Sonnabend, 18. Juni, Abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“ Mitglieder-Versammlung. T. D.: Beschlußfassung über den projektirten Auszug. Wahl eines Revisors. — Unser Kassier wohnt nicht, wie irrthümlich im Adressenverzeichnis angegeben ist, Bellevuestraße, sondern Klosterhof 28. — Unser Verzeir, auch für Fremde, ist „Stadt Berlin“, Töpferhagenstraße. — Dann fordern wir das Mitglied Karl Werner, Former, z. Zt. in Sangerhausen, auf, seinen Verpflichtungen gegen die hiesige Fiskale nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss beim Vorstand beantragt wird. Auch bitten wir die dortigen Kollegen, denselben hierauf aufmerksam zu machen.

Nürnberg. (Sektion der Heizer zc.) Sonntag, im „Hohenstein“. Sonntag, den 19. Juni, Nachmittag nach Zirndorf. Abmarsch Punkt 2 Uhr von der Müller'schen Wirthschaft, Kohlenhofstr. Bei ungünstiger Witterung Verbleiben bei Müller.

Nürnberg. (Sektion der Reibzeug-Industrie.) Sonntag, den 19. Juni, Auszug nach Zirndorf. Abfahrt um 2 Uhr mit der Ludwigsbahn.

Nürnberg. (Sektion der Roth- und Glodengießer.) Sonntag, 19. Juni, Nachmittags 2 Uhr, Abfahrt vom Ludwigsbahnhof nach Zirndorf zum Stiftungsfest der dortigen Zahlstelle des D. M. A. B.

Nürnberg. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 25. Juni, Abends 8 Uhr im Restaurant „Sängerkränz“, Dölschmannsplatz, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag. Die Mitglieder werden ersucht, für recht zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu agitiren.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Sonntag, 26. Juni, Nachmittags, Vorschlag, Restauration zum „Schwarzen Kreuz“, Kreuzgasse, 10/11.

Oberleben. Nächste Versammlung am Sonnabend, 18. Juni, und dann wieder alle Sonnabende nach dem 15. und 1. eines jeden Monats.

Rudolfsburg. Sonnabend, 25. Juni, Abends 8 Uhr, bei Simon Mitglieder-Versammlung. T. D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Erhebung der Beiträge pro Mai und Juni. Vortrag. Verschiedenes. Mit dieser Versammlung schließt wieder eine Abrechnungsperiode und werden die Mitglieder gebeten, die noch rückständigen Beiträge zu begleichen. Die Schlosser:

Karl Bühr, Buch-Nr. 34, 834, Anton Böhr, „ 35, 482, Franz Wumm, „ 35, 496, Friedr. Bofe, „ 35, 515, Karl Hamolz, „ 2, 785,

werden gebeten, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Regensburg. Samstag, den 18. Juni, Abends 8 Uhr in der Schmid'schen Bierhalle, Steplerstraße, an der Dwaibkirche, außer-

ordentliche Mitglieder-Versammlung. T. D.: Lokalfrage. Einzahlung und Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Schwerrin. Sonnabend, 25. Juni, Versammlung. — Sonntag, 19. Juni, Ausflug sämtlicher Gewerkschaften nach dem Werderholze. Zusammenkunft am Werderthor halb 3 Uhr Nachmittags.

Stuttgart. Samstag, 18. Juni, Abds. halb 9 Uhr in der „Altbauischen Bierstube“ von G. Weiß, Katharinenstraße. Tagesordnung im Lokal.

Wetzlar. Die Reiseunterstützung wird beim Kassier G. Schönbusch, Dörfertwiese, Abends von 7—8 Uhr auszuzahlen. — Die Versammlungen finden jeden ersten und dritten Sonntag im Monat im Lokale des Gastwirths Ellenberg, Gasthof zum „Schimmel“ statt und werden die Mitglieder hiermit aufgefordert, die Versammlungen pünktlicher zu besuchen. — Die Adresse unseres Bevollmächtigten ist: L. Kampmann, Kaiserstr. 510.

Döbeln. (Metallarbeiterverein.) Sonntag, 25. Juni, Abends 8 Uhr, außerordentliche Generalversammlung. T. D.: Vorstandswahl. Die Vereinsmitglieder, welche noch Defizienten sind, werden auf § 4 des Statuts aufmerksam gemacht.

Münsterberg. Allgemeine Frankens- und Sterbkrasse der Metallarbeiter. Montag, 20. Juni, Abends 8 Uhr, im Cafe Meck Mitglieder-Versammlung. T. D.: Wahl der Delegirten zur ordentlichen Generalversammlung. Jahresbericht u. Wahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes.

Wienig. (Fachverein der Metallarb. u. v. B.) Sonnabend, 18. Juni, Abends 8 Uhr, Versammlung im Vereinslokal. T. D.: Halbjährliche Rechnungsvorlage. Diskussion und Fragekasten.

Anzeigen.

Tüchtige Feilenschleifer
gegen hohen Lohn gesucht!
B. Müller Nachfolger
Dampfschleiferer Hann-Kinder
Göttingerstr. 66.

Der Schlosser Reinhold Schlüter, geb. zu Neuhis am 13. August 1872, wird um Angabe seiner Adresse ersucht. Kollegen, welche seinen Aufenthaltsort kennen, werden um Mittheilung gebeten.
Central-Verbandskommission Frankfurt a. M., Alte Mainzerstraße 32.

- Aufforderung!** Die nachbenannte Mitglieder des D. M. A. B. werden um ih-
Abreise ersucht:
Buch-Nr.
26,869. Schlosser Karl Böse aus Hamburg.
26,866. Mechaniker Mich. Sommer a. München.
26,849. Klempner Mich. Müller a. Wildruff.
26,790. Schlosser Otto Rabemann a. Ehra.
26,816. „ Paul Lustig aus Leipzig.
26,817. „ Max Rehfek aus Berlin.
26,823. „ Karl Kropf aus Treuen.
26,833. „ Wih. Löwe aus Drenabrück.
32,040. Klempner Max Tüg aus Göttinga.
32,046. „ Rob. Pohl a. Gr.-Glogau.
32,047. „ Arthur Zähne aus Oberwidenthal.
32,048. „ Emil Ziedenbarth a. Zeitz.
33,031. Schlosser G. F. Fern. Reumann aus Wizing a. Schl.
33,032. „ Albert Kuhl aus Giesenthal in Pommeru.

Alle Kollegen, welchen der Aufenthalt der Vorstehenden bekannt ist, werden ersucht, dies an den Vertrauensmann für Leipzig-Mittl., Otto Walbel, Connewitz, Langestr. 89, 1 zu melden.

Aufforderung. Unterzeichneter ersucht den Former Louis van Star von Dölmern im Münsterlande um seine Adresse. Die-
jenigen Verwaltungsstellen, welche seine Adresse wissen, bitte um Mittheilung.
Peter Kuch,
Schnitzweinerstr. 52, 11. Höchst a. M.

Aufforderung. Ersuche den Gürtler Otto Rußpel, das Buch Nr. 26, „Die soziale Baukunst“, Bd. I, welches er wahrscheinlich aus Versehen nicht an den Bibliothekar abgeliefert hat, nach hier einzusenden.
F. A. W. Leydendeck, er,
Güterich-Josephstr. 3, Höchst a. M.

Ein tüchtiger, zuverlässiger Feilenhauer, der selbständig arbeiten kann, findet dauernde Beschäftigung bei

J. Heimke, Dassel.
Nur solche wollen sich melden, denen an einer dauernden Stellung gelegen ist.